Nr. 251. Halle (Saale), Freitag, den 25. Oktober 1918. 29. Jahrg.

Bezugspreis: Monatl. 1,— Mk. frei Haus, bei Postbezug ob Postamt monatlich 1,— Mk., vierteljährl. 3,— Mk. Für Zustellung durch Postboten monatlich 14 Pfg., vierteljährl. 42 Pfg. Bestellgebühr extra. Für Kriegsfamilien 80 Pfg. Bezugspreis monatlich.
Erscheinungsweise: Jeden Werktags, nachmitt.
Verlag u. Buchhandlung: Halle (Saale), Harz 42-44. Geöffnet von 7½ morgens bis 5 Uhr nachmittags. Fernsprechanschluß Nr 1047. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 16106.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis: Die Nonpareillezeile 30 mm breite Kolonelzeile kostet 30 Pfg. Der Preis für die 92 mm breite Reklamezeile beträgt 1,— Mk.
Anzeigen für die nächste Ausgabe bis morgens 9 Uhr, größ. am Tage vorher erbet.
Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernsprechanschluß Nr 5465. Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags. Geschäftliche Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen richte man nur an den Verlag. Fernspr. Nr. 1047.

Wilsons Antwort an Deutschland.

Der Wortlaut der Note.

Washington, 23. Oktober. (W. T. B.) Der Staatssekretär gibt folgendes bekannt:

Vom Staatssekretär ist an den Geschäftsträger der Schweiz, der zeitweilig mit der Wahrnehmung der deutschen Interessen in den Vereinigten Staaten beauftragt ist, nachstehende Mitteilung gerichtet worden:

Staatsdepartement, den 23. Oktober 1918.

Ich habe die Ehre, den Empfang Ihrer Note vom 23. d. M. zu bestätigen, mit der Sie eine Mitteilung der deutschen Regierung vom 20. d. M. übermittelten. Der Präsident hat mich mit der folgenden Antwort beauftragt:

Nachdem der Präsident der Vereinigten Staaten die feierliche und ausdrückliche Versicherung der deutschen Regierung erhalten hat, daß sie die Friedensbedingungen in seiner Ansprache an den Kongreß der Vereinigten Staaten vom 8. Jan. 1918 und die Grundlagen der Friedensordnung in seinen späteren Ansprachen, insbesondere der vom 27. September, rückhaltlos annimmt, und daß sie in Erörterungen über die Einzelheiten ihrer Anwendung einzutreten wünscht, ferner daß dieser Wunsch und Zweck nicht von denen ausgehen, die bisher die deutsche Politik diktiert und den gegenwärtigen Krieg für Deutschland geführt haben, sondern von Ministern, die für die Reichstagsmehrheit und die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes sprechen; und nachdem er ebenfalls das ausdrückliche Versprechen der gegenwärtigen deutschen Regierung erhalten hat, daß die deutschen Land- und Seestreitkräfte die Gesetze der Menschlichkeit und einer zivilisierten Kriegsführung beobachten werden, glaubt der Präsident der Vereinigten Staaten es nicht ablehnen zu können, mit den Regierungen, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten verbündet ist, die Frage eines Waffenstillstandes aufzunehmen.

Er hält es aber für seine Pflicht, zu wiederholen, daß der einzige Waffenstillstand, den er sich berechtigt fühlen würde der Erwägung zu unterbreiten, nur ein solcher sein könnte, der die Vereinigten Staaten und die mit ihnen verbundenen Mächte in der Lage beließe, jede zu treffende Vereinbarung zu erzwingen und eine Erneuerung der Feindseligkeiten deutscherseits unmöglich zu machen. Der Präsident hat deshalb seinen Notenwechsel mit den gegenwärtigen deutschen leitenden Stellen den Regierungen, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten als kriegführende Macht verbunden ist, übermittelt mit dem Anheimstellen, falls diese Regierungen geneigt sind, den Frieden zu den angegebenen Bedingungen und Grundsätzen herbeizuführen, ihre militärischen Ratgeber und die der Vereinigten Staaten zu ersuchen, den gegen Deutschland verbundenen Regierungen die nötigen Bedingungen eines Waffenstillstandes zu unterbreiten, der die Interessen der beteiligten Völker in vollem Maße wahrt und den verbundenen Regierungen die unbeschränkte Macht sichern, die Einzelheiten des von der deutschen Regierung angenommenen Friedens zu gewährleisten und zu erzwingen, wofern sie einen solchen Waffenstillstand vom militärischen Standpunkt für möglich halten. Sollten solche Waffenstillstandsverhandlungen vorgeschlagen werden, so wird ihre Annahme durch Deutschland den besten und bündigsten Beweis dafür liefern, daß es die Grundbedingungen und Grundsätze der ganzen Friedensaktion unzweideutig annimmt.

Der Präsident würde der Aufrichtigkeit nicht zu genügen glauben, wenn er nicht so freimütig wie möglich den Grund dafür angäbe, daß außerordentliche Sicherheiten verlangt werden müssen. So bedeutungsvoll und wichtig auch die Verfassungsänderungen zu sein scheinen, von denen der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen Amts in seiner Note vom 20. Oktober spricht, so geht daraus doch nicht hervor, daß der Grundsatz einer dem deutschen Volke verantwortlichen Regierung bereits völlig durchgeführt ist oder daß irgendwelche Bürgschaften dafür vorhanden sind oder erwogen werden, daß die jetzt teilweise vereinbarte grundsätzliche und praktische Reform von Dauer sein wird.

Auch hat es nicht den Anschein, als ob der Kernpunkt der gegenwärtigen Schwierigkeiten erreicht ist. Künftige Kriege sind jetzt vielleicht der Entscheidung des deutschen Volkes unterworfen, nicht aber der gegenwärtige und mit dem gegenwärtigen haben wir es gerade zu tun. Es liegt auf der Hand, daß das deutsche Volk keine Mittel hat, die Unterwerfung der Militärbehörden des Reichs unter den Volkswillen zu erzwingen; daß der beherrschende Einfluß des Königs von Preußen auf die Reichspolitik ungeschwächt ist; daß die entscheidende Initiative noch immer bei denen liegt, die bis jetzt die Herren von Deutschland gewesen sind. In der Ueberzeugung, daß der ganze Weltfriede jetzt von offener Sprache und geradem Handeln abhängt, hält es der Präsident für seine Pflicht, ohne alle Versuche das, was schroff klingt, zu mildern, auszusprechen, daß die Völker der Welt kein Vertrauen in die Worte derjenigen setzen und setzen können, die bisher die Herren der deutschen Politik gewesen sind, und zu wiederholen, daß beim Friedensschluß und bei dem Unternehmen, die unendlichen Gewalttaten und Ungerechtigkeiten dieses Krieges wieder gut zu machen, die Vereinigten Staaten einzig und allein mit den echten Vertretern des deutschen Volkes verhandeln können, die als wirkliche Beherrscher Deutschlands eine wahre verfassungsmäßige Stellung zugesichert erhalten haben. Wenn die Vereinigten Staaten jetzt mit den militärischen Beherrschern und monarchischen Autokraten verhandeln sollen, oder wenn es wahrscheinlich ist, daß sie später mit ihnen über die völkerrechtlichen Verpflichtungen des Deutschen Reiches zu verhandeln haben würden, müssen sie nicht Friedensverhandlungen, sondern Uebergabe verlangen. Es kann nichts dadurch gewonnen werden, daß diese grundlegenden Dinge unausgesprochen bleiben.

Empfangen Sie, mein Herr, die erneute Versicherung meiner Hochschätzung. (gez.) Robert Lansing.

•

Das eine muß man den Amerikanern schon lassen: in der Fixigkeit sind sie den Verfassern der deutschen Antwortnote entschieden über. Während die deutsche Regierung mindestens acht Tage Zeit brauchte, um eine Antwort auf die Wilsonnote vom 14. Oktober zu finden, hatte Wilson seine neueste Antwort an Deutschland in überraschend kurzer Zeit bereit. Auch an Deutlichkeit und Klarheit hebt sie sich vorteilhaft von der letzten deutschen Note ab, wenngleich sie noch manche nicht ganz klare und dunkle Andeutung enthält. Aber das gehört wohl zum Stile selbst der Diplomaten „demokratischer Schule", daß sie sich noch allerlei verkappte Gedanken im Hinterhalte bewahren müssen, die man später so und auch anders „auslegen" kann. Im „Auslegen" sind ja die „Diplomaten" überhaupt munter, und was sie nicht auslegen, das legen sie „unter".

Als greifbares Ergebnis bietet die Antwort Wilsons die Bereitwilligkeit, das deutsche Waffenstillstandsersuchen an die Regierungen der Entente weiterzugeben und mit ihnen darüber zu beraten. Ist die Antwort auch in der Form nachgiebiger und entgegenkommender, so hält Wilson doch in der Sache an den geforderten Sicherungen fest. Sie bestehen für ihn weiter in der Hauptsache darin, daß Deutschland Waffenstillstandsbedingungen annimmt, die es ihm, beim etwaigen Scheitern der Friedensverhandlungen, unmöglich machen, die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen, d. h. den Krieg weiterzuführen. Das mag manchem einer völligen Unterwerfung Deutschlands gleichkommen, braucht es aber durchaus nicht zu sein. Ob Wilson mit den geforderten Sicherungen in der Sache tatsächlich Unterwerfung Deutschlands meint, das geht aus seiner Note nicht mit voller Sicherheit hervor; erst die Einzelheiten etwaiger Waffenstillstandsbedingungen können über diesen Punkt weiteren Aufschluß bringen.

Keinerlei Unzweideutigkeiten läßt dagegen seine Erklärung zu, daß er zu der angeblichen „Demokratisierung", zu dem „grundlegenden Wandel" in der inneren und äußeren Politik Deutschlands noch nicht das rechte Vertrauen hat. Wohl scheinen ihm die geplanten und bereits durchgeführten deutschen Verfassungsänderungen „bedeutungsvoll und wichtig", aber als Sicherungen doch noch nicht ausreichend. Und noch all den Halbheiten und Unzulänglichkeiten, die die sogenannte „Demokratisierung" bisher noch aufzuweisen hat, angesichts der Tatsache, daß tatsächlich und praktisch das alte System noch fest im Sattel sitzt (wie der Genosse Haase in seiner großen Reichstagsrede erst neuerdings wieder mit zahlreichen Beispielen belegen konnte), erscheint das Mißtrauen Wilsons noch wohl begründet und berechtigt! — Hat das deutsche Volk, so kann man mit Wilson fragen, bis jetzt tatsächlich die Mittel,

„um zu befehlen, daß die deutschen militärischen Behörden sich dem Volkswillen zu unterstellen haben, daß die Macht des Königs von Preußen, die Politik des Reiches unter seiner Kontrolle zu halten, noch unzerstört ist, daß die entscheidende Initiative noch immer bei denen liegt, die bis jetzt Herren von Deutschland waren."

Das ist des Pudels Kern! Was bis jetzt in dieser Hinsicht an „Verfassungsänderungen" geschehen ist, reicht eben bei weitem nicht aus, um diese Wilsonsche Haupt- und Kernfrage ehrlich und mit gutem Gewissen bejahen zu können. Gewiß, das militärisch-imperialistische System ist in Deutschland zusammengebrochen, aber es hält doch noch genug Macht in seinen Händen, um die „Verfassungsänderungen" eines Tages wieder beseitigen zu können! Hier muß erst ganze und gründliche Arbeit gemacht, es müssen Sicherungen getroffen werden, die eine solche Möglichkeit künftig unter allen Umständen ausschließen. Von dem alten preußisch-deutschen Obrigkeitsstaate, dem System des persönlichen Regiments in irgendeiner Form, das die unglückselige Katastrophe über Deutschland heraufbeschworen hat, darf auch nicht mehr der Schein bestehen bleiben! Es ist ungeheuerlich genug, was dieses fluchwürdige System an Unglück und Elend über das deutsche Volk gebracht hat: der Friede darf durch sein Fortbestehen auch nicht um eine Stunde verzögert werden!

In dieser Auffassung begegnet sich Wilson mit der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes. Und wie Wilson auch in seiner neuesten Note keinerlei Zweifel daran aufkommen läßt, daß er mit den Vertretern des autokratischen Systems weder verhandeln noch Frieden schließen wird, so hat das deutsche Volk die unerläßliche Pflicht, den Willen Wilsons zu dem seinen zu machen! Noch steht das Tor zum Frieden offen, der Weg dahin ist klar vorgezeichnet. Er kann begangen werden und zum Ziele führen, ohne daß das deutsche Volk einen demütigenden und „ehrlosen Frieden" anzunehmen braucht. Die deutsche „Volksregierung" hat ihn zu gehen, weil die übergroße Mehrheit des Volkes den Frieden will. Sie kennt die Friedenshindernisse, und ihre Aufgabe ist es, sie aus dem Wege zu räumen. Sie möge demgemäß handeln und möge rasch handeln! Es ist keine Zeit mehr zu verlieren! Sonst muß sich das Volk selbst den Frieden schaffen — durch die soziale Republik!

•

Pressestimmen zur Wilsonnote.

In der Nordd. Allgem. Ztg. wird redaktionell geschrieben: Wilson überläßt es den politischen und militärischen Ratgebern der Westmächte, seinen Anregungen Folge zu geben, wobei man jedoch wohl annehmen kann, daß seine Stimme besonders gehört werden wird, wenn er es wünscht. Deutschland erwartet also die Mitteilung, unter welchen Bedingungen die Feinde einen Waffenstillstand mit ihm schließen wollen und ob sie bereit sind, in Friedensverhandlungen auf Grund des Wilsonschen Programmes einzutreten. Die Sorge aller Völker müßte sein, zunächst den mörderischen Krieg zu beenden und dann das übrige im Geist der Gerechtigkeit zu erledigen, so wie es Präsident Wilson fordert. Der Aussprache über die innerdeutschen Angelegenheiten wird sich Deutschland nicht zu entziehen brauchen, wenn Wilson bereit ist, auch in dieser Frage eine seiner vornehmsten Prinzipien, das des Selbstbestimmungsrechts der Völker, zu wahren.

Im Berliner Tageblatt liest man: Es verlautet, daß die Regierung nicht beabsichtige, nun wiederum ihrerseits eine Antwort an Wilson abzusenden, da sich nun erst die Entente zu äußern habe. Es sei aber wahrscheinlich, daß die Regierung im Reichstage eine prinzipielle Erklärung über ihre Auffassung der Wilsonnote abgeben werde.

Der Vorwärts schreibt: Um den Ton der neuen Note Wilsons zu verstehen, müssen wir uns darüber klar sein, wie der Präsident unsere Lage ansieht. Angesichts dieses Sachverhalts hält es der Präsident offenbar für einen weiten Schritt des Entgegenkommens, wenn er sich jetzt bereiterklärt, das Waffenstillstands- und Friedensangebot der neuen deutschen Regierung an seine Verbündeten weitergeben. Nachdem wir das Programm Wilsons angenommen haben, wäre es widersinnig, sich mit der Waffe in der Hand ihm zu widersetzen. Die Gegner aber, die die Entwaffnung des deutschen Volkes verlangen, werden sich darüber klar sein müssen, daß man ein großes Volk auf die Dauer nicht wehrlos machen kann.

Das Echo der deutschen Antwort.

Der Eindruck in Washington.

Amsterdam, 23. Oktober. Reuter meldet von gestern aus Washington: Der offizielle Text der deutschen Note ist heute morgen auf der schweizerischen Gesandtschaft empfangen worden. Eine offizielle Mitteilung über die Antwort an Deutschland ist augenscheinlich noch nicht erfolgt. Die nichtoffiziellen Erklärungen sind sich, was die Hauptpunkte anbetrifft, einig darüber, daß ein sofortiger Frieden noch nicht zu erwarten ist und daß kein Waffenstillstand zustande kommen werde, es sei denn unter Bedingungen, die den deutschen Militarismus für immer vernichten. Die allgemeine Ansicht der Kongreßmitglieder, einschließlich der Republikaner geht dahin, die Unterhandlungen mit Deutschland zu beendigen. Das Komitee für auswärtige Angelegenheiten im Senat wünscht, daß die Note dem Urteil der Entente unterworfen werden solle, bevor Wilson sie beantwortet.

Die Auffassung in England.

London, 23. Oktober. (Reuter.) In maßgebenden Kreisen wird die deutsche Antwort als „nicht geschäftlicher, sondern als rein argumentierender Vorschlag" betrachtet. Der in Regierungs-, diplomatischen und politischen Kreisen zu der Antwort eingenommene Standpunkt ist der, daß es keine Antwort, sondern nur eine Art von Redereei sei, dazu bestimmt, das Fehlen einer Antwort zu verdecken. Die Regierung hat die Antwort im einzelnen noch nicht erwogen, obwohl der Premierminister und seine Amtsgenossen heute längere Beratungen abhielten.

Nach dem Nieuwen Rotterdamsche Courant vom Dienstag schreibt der Parlamentskorrespondent des Daily Chronicle: Die neue deutsche Antwort bildete gestern abend in den Wandelgängen des Parlaments den Hauptgesprächsstoff. Die Konservativen und die meisten Liberalen betrachten sie mit Argwohn, als einen Versuch, zwischen Amerika und der Entente Zwietracht zu säen. Der neue Befehl, wodurch den U-Booten verboten wird, Passagierschiffe zu torpedieren, wurde als ein Wilson listig hingeworfener Köder betrachtet. Einige radikale und Arbeiterabgeordnete waren der Meinung, daß die neue Note gegenüber den früheren Schritten einen großen Fortschritt darstellt.

•

Sofortige Einberufung der Internationale!

Der Parteivorstand der französischen Sozialdemokratie hat laut Vorwärts mit Zustimmung Hendersons beschlossen, die Exekutive der alliierten Sozialisten nach Paris einzuberufen. Auf der Tagesordnung steht die sofortige Einberufung der Internationale. Ein Manifest wird vorbereitet, eine Entsendung von Delegierten zu Wilson wird diskutiert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219181025-19/fragment/page=0001

Politische Uebersicht.

Aus dem Reichstage.

Auch die Donnerstagssitzung des Reichstags wurde noch völlig ausgefüllt durch die große politische Aussprache über die Lage und über die parlamentarische „Neuordnung". Von der „Volksregierung" kamen der neue Staatssekretär des Auswärtigen, Dr. Solf, in einer längeren Rede, der neue Kriegsminister v. Scheuch und der Vizekanzler v. Payer zu Worte. Reichstagsabgeordnete sprachen: Noske von den Regierungssozialisten (mit einer Kriegervereinsrede) und Kreth von den Konservativen. — Die Stäupung des zusammengebrochenen halbabsolutistisch-militärischen Regierungssystems und die Charakterisierung des neuen Kurses der „Volksregierung", die der Gen. Haase am Mittwoch begonnen, führte Gen. Ledebour von der Unabhängigen Sozialdemokratie in einer grossen und zusammenfassenden Rede einstweilen zu Ende. — Wir werden unseren Lesern die wichtige Rede Ledebours nach dem stenographischen Berichte morgen im Wortlaute zur Kenntnis bringen; heute ist das aus technischen Gründen und wegen des nicht zu bewältigenden Stoffandrangs ganz unmöglich.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte, der angenommen wurde, schnitt weiteren Rednern das Wort ab, so u. a. auch dem Abgeordneten Mühle. Die Anträge der Mehrheitsparteien zur Verfassungsänderung wurden angenommen, weitergehende Anträge der unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion lehnte man ab. — Für den Reichskanzler lag eine Vertrauenserklärung der Mehrheit vor. Das „parlamentarische System" kam damit im Reichstag auch technisch zum erstenmal zur Anwendung. Der Reichstag nahm das Vertrauensvotum für den Reichskanzler in namentlicher Abstimmung mit 195 gegen 52 Stimmen bei 23 Stimmenthaltungen an. Dann vertagte sich das Haus auf Freitag.

Die Wahlrechtsvorlage im Herrenhause.

Das preußische Herrenhaus nahm gestern die drei Wahlrechtsvorlagen nach den Beschlüssen der Kommission nebst einem Zusatzantrage, der vier weiteren großen Wahlkreisen die Verhältniswahl gewährt, en bloc an. Die alte Fraktion enthielt sich der Abstimmung, die neue Fraktion stimmte den Kommissionsbeschlüssen zu.

Der neue Kurs der „Volksregierung".

Im Reichstage wurde folgende Anfrage gestellt: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß das Stellvertr. Generalkommando Stettin der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei nach wie vor, zuletzt durch Verfügung vom 22. Oktober d. J., die Abhaltung öffentlicher Versammlungen verhindert, und ferner nach wie vor laut derselben Verfügung dem Reichstagsabgeordneten für Stettin, Abg. Vogtherr, das Auftreten als Redner in seinem Wahlkreis auch in nichtöffentlichen Versammlungen verbietet?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um entsprechend seiner ausdrücklichen Zusicherung diese Rechtsungleichheit schleunigst zu beseitigen? Vogtherr.

Wer ist Schuld am Kriege?

Mannhafte Erklärung eines Berliner Professors.

Die deutschen Universitätsprofessoren alldeutsch-chauvinistischer Richtung, die durch ihre maßlose Agitation für uferlose Eroberungspläne nicht zuletzt mit dazu beigetragen haben, daß Deutschland beim Friedensschlusse sogusagen auf die Gnade Wilsons angewiesen ist, versuchen durch Veranstaltung von Studentenversammlungen und Veröffentlichungen von patriotischen Erklärungen in alldeutschen Blättern die Kriegsstimmung des deutschen Volkes wieder aufzupeitschen. In einer solchen Berliner Studentenversammlung (am 20. Oktober) führten namentlich die bekannten Professoren Dr. Dietrich Schäfer, Prof. Roethe, v. Wilamowitz-Möllendorf usw. das große Wort ganz im Sinne der verflossenen Vaterlandsperiode. Sie veröffentlichten dann auch in der Berliner Presse eine fulminante „Durchhalte"-Erklärung. In Anschluß an diese Erklärung wird der Vorsitz. von dem Völkerrechtslehrer an der Berliner Universität Prof. Wilhelm Kaufmann um Veröffentlichung folgender Zeilen ersucht:

„Berlin, den 21. Oktober 1918.

Als Professor an der Universität Berlin fühle ich mich gedrungen, öffentlich zu erklären, daß ich mich der gestrigen Kundgebung einer Anzahl der hiesigen Universitätsprofessoren nicht anschließen kann.

Meine Stellungnahme auch zu der Frage der Fortsetzung des Krieges wird in oberster, ausschlaggebender Weise durch die Frage der Schuld an diesem Kriege und in diesem Kriege bestimmt.

Wenn die Gegner diesen Krieg unternommen hätten und ohne Rücksicht auf Gerechtigkeit durchführten, um durch ihre Uebermacht uns restlos zu vergewaltigen, dann müßten wir in gerechter Verteidigung diesen Krieg erforderlichenfalls bis zu unser aller Untergang fortsetzen, auch wenn wir keine Aussicht auf Gewinn des Krieges, sondern nur unseren Untergang vor Augen sähen.

Ganz anders aber verhält es sich, wenn die Gegner mit ihrer Behauptung recht haben, die Schuld an diesem schrecklichen Kriege und die Schuld an diesem Kriege liege furchtbar überwiegend auf deutscher Seite.

Dann müssen die Schuldigen und Mitschuldigen unverzüglich aus unserem öffentlichen Leben völlig ausscheiden, und unsere Regierung muß nicht bloß durch Erklärungen, sondern auch durch Tathandlungen unseren Gegnern Sicherheiten bieten und sich bereit finden, die gerechten Folgerungen aus der Schuldverantwortlichkeit zu ziehen und ziehen zu lassen.

Unseren Gegnern aber erwächst alsdann die gewaltige Verantwortlichkeit, daß sie im Siege gerechtes Maß halten und die Anforderungen der notwendigen Völkergemeinschaft auf Erden wahren.

Professor Wilhelm Kaufmann."

Stimmungen im Bürgertum.

In der Täglichen Rundschau jammert einer:

„Wie steht es nun jetzt, im gegenwärtigen schweren Augenblick, in der Berliner Masse? O, brauchte man doch nicht zu fragen! Unsere besten Männer gehen mit zerrissenem Herzen und gebeugtem Haupte umher. Mütter, die mehrere Söhne dem Vaterlande geopfert haben, hat der Gram über die Schmach des Vaterlandes aufs Krankenlager geworfen. Deutschland wird von den Feinden ins Angesicht geschlagen und gespien — und die Masse in Berlin steht stumpf daneben. In diesen Tagen der tiefsten Erschütterungen ist kaum etwas so erschütternd als diese Erschütterungslosigkeit."

Die Redaktion der Täglichen Rundschau bemerkt dazu, daß es aber neben dem von dem Schreiber geschilderten Berlin noch ein anderes gebe. Und von diesem „andern Berlin" spreche folgende Nachricht, die ihr aus kirchlichen Kreisen zugehe:

„Die tiefgehende Spannung der Gemüter, die durch die Vorgänge der letzten Wochen und besonders die jüngsten Ereignisse hervorgerufen ist, hat ihren Niederschlag auch im religiösen Leben der Reichshauptstadt gefunden. Man begegnet vielfach einer Stimmung wie in den ersten ernsten Wochen des Weltkrieges. Wo von einzelnen Gemeinden in diesen Tagen besondere Gottesdienste in den Abendstunden anberaumt wurden, fanden sie ungewöhnlich starken Zuspruch. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so wird der außerordentliche Landesbettag, den die preußische Landeskirche auf den kommenden Sonntag, den 20. Oktober, ausgeschrieben hat, einen starken Widerhall in der evangelischen Bevölkerung der Stadt und des Landes finden."

Also abermals eine religiöse Wiedergeburt, wie anno 1914. Die damalige ist schnell verpufft, wird's der zweiten anders gehen? Die kirchlichen Kreise scheinen Hoffnungen darauf zu bauen. Sie sind bescheiden. Uns würde eine solche plötzliche Frömmigkeit, die nur das Produkt der Not ist, kein Vertrauen einflößen.

Die Demokratisierung in Sachsen.

Der Kultusminister Dr. Beck und der Finanzminister von Seydewitz haben den König um ihre Entlassung gebeten mit der Erklärung, daß sie sich mit der politischen Neuordnung in Sachsen in dem Umfange, wie sie verlangt und voraussichtlich durchgeführt würde, nicht einverstanden erklären könnten.

Ein besonderes Kapitel bildet die Politik der Regierungssozialisten. Ihre Landtagsfraktion hat, der L. V. zufolge, ein ganzes Bündel Anträge und Interpellationen eingebracht, deren Inhalt zum größten Teil mit ihrem bisherigen Verhalten im Landtag im schreiendsten Gegensatze steht, besonders soweit es sich um die Forderung des gleichen Wahlrechts handelt. Die Reden der Frähdorf, Sindermann usw. werden auch in Zukunft zeigen, daß sie mit den Anträgen im Widerspruch stehen und diese nur Augenpulver für die Oeffentlichkeit sind. Noch ehe es zu Verhandlungen im Parlament kommt, setzt Herr Nitzsche in der Dresdner Volkszeitung auseinander, daß seine Partei mit sich reden lasse. Die republikanische Staatsform wird in Sachsen noch nicht kommen, meint er treuherzig: die Monarchie werde nur nicht mehr die Regierungsgewalt allein in Händen haben. Auch die Frage der Beibehaltung der Ersten Kammer ist für ihn noch diskutabel, ja, er gibt schon an, unter welchen Modalitäten sie weiterbestehen könnte:

„Fest steht indem schon jetzt, daß die erforderliche Mehrheit in der Zweiten Kammer für eine Beschränkung der Herrenhausbefugnisse vorhanden ist, die verhindern würde, daß die sächsischen Pairs jemals freiheitliche Gesetze hinfällig machen könnten. Hier einzusehen, kann unter Umständen sogar zum ersten Erfordernis werden, wenn es nicht gelingt, das Herrenhaus gänzlich zu beseitigen und ein Weg für die Wahlrechtsreform anders nicht freigemacht werden kann."

Gehen die bürgerlichen Parteien auf die regierungssozialistischen Wünsche nicht ein, nun, dann war eben nicht mehr zu erreichen.

Wie sich die Bevölkerung zur Reform in Sachsen selbst stellt, das müssen die nächsten Wochen zeigen.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 24. Oktober 1918. Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

In der Lys-Niederung dauern Teilkämpfe an. Südwestlich von Deinze schlug die seit 14. 10. täglich im Kampfe bewährte 52. Reserve-Division unter Generalleutnant Waldorf erneute Angriffe des Feindes an der Bahn Deinze-Waregem ab. Beiderseits von Vichte setzten wir uns in vorletzter Nacht vom Gegner etwas ab und schlugen den Feind, der gestern in der Gegend von Rattestraat angriff, zurück. Auf feindlicher Seite haben sich belgische Landesbewohner an diesen Kämpfen beteiligt. Tournay und Valenciennes lagen unter englischem Feuer. Bei Tournay und in der Schelde-Niederung erfolgreiche Vorfeldkämpfe.

Beiderseits von Solesmes und Le Cateau nahm der Engländer mit frisch eingesetzten Divisionen auf fast 30 Kilometer breiter Front seine mit großen Zielen angesetzten Angriffe wieder auf. Am Harpies-Grunde ist sein erster Ansturm am frühen Morgen gescheitert. In wiederholten Angriffen stieß er im Laufe des Tages beiderseits von Romeries bis in Gegend von St. Martin und Salesches und mit Teilen auf Beaudignies vor. In der Mitte der Schlachtfront brachten wir den beiderseits der Römerstraße Le Cateau—Bavai angreifenden Feind in der Linie Poix—Bousies zu Stehen. Südlich von Bousies haben die schon in den letzten Schlachten besonders bewährten Radfahrtruppen weiteres Vordringen des Gegners verhindert. Südöstlich von Le Cateau sind mehrfache Anstürme des Gegners völlig gescheitert. Zwischen Pommereuil und Catillon kämpfende schleswig-holsteinische, mecklenburgische, hansestische und württembergische Regimenter haben gegen gewaltige Uebermacht ihre Stellungen behauptet. Das Füsilierregiment Nr. 122 unter seinem Kommandeur Oberst von Alberti hat hier besonderes geleistet. Südlich von Catillon blieben die gegen den Cambre—Oise—Kanal vorbrechende Angriffe vor diesem in unserem Feuer liegen.

Zwischen Oise und Serre zeitweilig Artilleriekampf. Heftig auf dem Nordufer der Serre feindliche Angriffe folgten. Sie wurden in unserem Feuer und durch Gegenstoß abgewiesen. Teilangriffe des Gegners gegen den Souche-Abschnitt nördlich von Vierreyont scheiterten. Das engbewohnte und mit Flüchtlingen gefüllte Montcornet liegt unter starkem französischen Feuer.

Oestlich der Aisne beschränkte sich der Feind gestern auf sehr starke, durch heftiges Feuer unterstützte Teilangriffe. Bayern und Württemberger und württembergische Pioniere haben die Höhen nordöstlich von Bouziers gegen viermaligen Ansturm gehalten. Oestlich von Bouziers taten sich in den letzten Kämpfen Teile der 1. Garde-Infanterie-Division unter Major Graf von Eulenburg besonders hervor. Zwischen Olizy und Grandpré schlugen elsaß-lothringische, thüringische und hessische Regimenter feindliche Angriffe ab. Die Hauptlast des Kampfes trug das Infanterie-Regiment Nr. 17, das sich wiederum unter seinem Kommandeur, Major Stebbe, besonders bewährte.

Auf beiden Maasufern nahmen die Angriffe der Amerikaner wieder größeren Umfang an. Aus den Wäldern von Bantheville und nördlich von Cunel stieß der Feind mit starken Kräften und von Panzerwagen begleitet, gegen unsere Linien vor. Sie wurden abgewiesen und erlitten in unserm zusammengefaßten Feuer besonders schwere Verluste.

Oestlich der Maas dauerten heftige Kämpfe um die Waldhöhen beiderseits der Straße von Consenvoye-Damvillers bis zum Abend an. In hartem Kampf und in erfolgreichen Gegenstößen warfen brandenburgische und sächsische Bataillone den mehrfach anstürmenden Amerikaner zurück.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

In heftigen Gebirgskämpfen haben unsere Nachhuten das Beziehen neuer Stellungen beiderseits von Paracin gesichert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Eine Geschichte von zwei Städten.

63] Von Charles Dickens.

Neunundzwanzigstes Kapitel.

Feuer!

Es war eine Veränderung über das Dorf gekommen, wo der Brunnen plätscherte und wo der Straßenarbeiter täglich hinausging, um aus den Steinen auf der Landstraße die paar Bissen Brot herauszuklopfen, welche seine arme unwissende Seele und seinen armen abgezehrten Körper notdürftig zusammenhielten. Das Gefängnis auf der Klippe sah nicht mehr so herrisch wie früher darein. Es waren Soldaten als Wache darin, aber nicht viele; es waren Offiziere da, um die Soldaten zu bewachen, aber keiner wußte, was seine Leute tun würden — außer etwa, daß sie wahrscheinlich nicht tun würden, was er ihnen befahle.

Weit und breit sah man zugrunde gerichtetes Land, das nichts als Wüstenei war. Jedes grüne Blatt, jeder Gras- und Getreidehalm war so zusammengeschrumpft und dürftig, wie die elende Bevölkerung. Alles war entnervt, entmutigt, gedrückt und gebrochen. Wohnungen, Einzäunungen, Haustiere, Männer, Weiber und Kinder und der Boden, der sie trug — alles ausgesogen und unfruchtbar geworden.

Monseigneur (oft als Individuum ein sehr würdiger Herr) war ein Segen für die Nation, gab allem einen ritterlichen Ton, war ein elegantes Beispiel eines üppigen und glänzenden Lebens und noch viel mehr ähnlicher Art; dessenungeachtet hatte Monseigneur als Stand auf die eine oder andere Weise die Sachen auf diesen Punkt gebracht. Merkwürdig, daß die Schätzung, ausdrücklich für Monseigneur gemacht, sich so bald so ganz und gar auszusaugen läßt! Es muß doch etwas Kurzsichtiges in den Anordnungen des Ewigen sein! So war es aber doch; und da der letzte Tropfen Blut aus den Steinen herausgepreßt, und die letzte Schraube der Folter so oft gedreht worden war, daß sie zuschanden ging und sich drehte und drehte, ohne etwas zu drücken, so fing Monseigneur an, vor einer so gemeinen und unerklärlichen Erscheinung davon zu laufen.

Aber das war nicht die Veränderung, die über dieses Dorf und viele andere ähnliche Dörfer gekommen war. Seit zwanzig Jahren und länger hatte Monseigneur es gedrückt und ausgesogen und es selten mit seiner Gegenwart beehrt, als um die Freuden der Jagd zu genießen, die bald im Hetzen der Leute, bald im Hetzen des Wildes bestanden, zu dessen Erhaltung Monseigneur — sehr erbaulich — weite Strecken zur unbebauten Wüstenei werden ließ. Nicht die Veränderung bestand mehr in dem Erscheinen fremder Gesichter gemeiner Art, als in dem Verschwinden der vornehmen klassischen und auch anderweitig feligen und beseligenden Gesichtszüge Monseigneurs.

Denn in diesen Zeiten sah wohl der Straßenarbeiter, wie er einsam im Staube arbeitete und sich selten mit dem Gedanken quälte, daß er Staub sei und wieder Staub werden müsse, sondern viel häufiger mit dem Gedanken beschäftigt war, wie wenig er zum Abendessen habe und wie viel mehr er essen würde, wenn er es hätte — in diesen Zeiten sah wohl der Straßenarbeiter, wie er die Augen von seiner einsamen Arbeit erhob und in die Landschaft hinausblickte, eine rauhe Gestalt zu Fuße sich nähern, wie sie früher selten in diesen Gegenden gesehen wurde, jetzt aber häufig war. Wie sie noch näher kam, bemerkte der Straßenarbeiter ohne Verwunderung, daß es ein zottelhaariger Mann von fast barbarischem Aussehen war, lang, in hölzernen Schuhen, die sogar dem Straßenarbeiter zu plump vorkamen, mit finsterem schwarzgebranntem Gesicht, beschmutzt von dem Schlamm und Staub vieler Landstraßen, feucht von den sumpfigen Ausdünstungen vieler tiefen Gründe, bestreut mit den Dornen und Blättern und dem Moos vieler Schleichpfade durch die Wälder.

Ein solcher Mann kam über ihn wie ein Gespenst in der Mittagsstunde des Zulitages, wie er auf einem Steinhaufen unter einem Erdrücken saß, der ihm einigen Schutz vor einem Hagelschauer gewährte.

Der Mann sah ihn an, sah das Dorf in der Tiefe an, die Mühle und das Gefängnis auf der Klippe. Als er diese Gegenstände in sich aufgenommen, sagte er in einem Dialekt, der eben noch verständlich war: „Wie geht's Jacques?"

„Alles wohl, Jacques!"

„Die Hand her!"

Sie gaben sich die Hände und der Mann setzte sich auf den Steinhaufen.

„Mein Mittagessen?"

„Nichts als Abendessen jetzt!" sagte der Straßenarbeiter mit hungrigem Gesicht.

„Es ist die Mode," grollte der andere. „Ich finde nirgend ein Mittagessen."

Er holte eine schwarzgeraucht Pfeife hervor, stopfte sie, machte Feuer mit Stahl, Stein und Schwamm und zog an der Pfeife, bis sie in heller Glut war, dann hielt er sie plötzlich vor sich hin und ließ etwas hineinfallen, was er zwischen Zeigefinger und Daumen hatte und was aufflammte und mit einem Rauchwölkchen verpuffte.

„Die Hand her!" Der Straßenarbeiter mußte es diesmal sagen, nachdem er die ganze Manipulation beobachtet hatte. Sie reichten sich wieder die Hände.

„Heute nacht?" sagte der Straßenarbeiter.

„Heute nacht!" sagte der Mann, indem er die Pfeife in den Mund steckte.

„Wo?"

„Hier!"

Er und der Straßenarbeiter saßen auf dem Steinhaufen und sahen sich schweigend einander an, während der Hagel zwischen ihnen durchfuhr, bis der Himmel über dem Dorfe wieder hell wurde.

„Zeigt mir's!" — sagte nun der Reisende, indem er nach dem Kamm des Hügels ging.

„Seht hin!" — entgegnete der Straßenarbeiter mit ausgestreckter Hand. „Ihr geht hier hinab und gerade durch die Straße und am Brunnen vorbei —"

„Zum Teufel mit alledem!" unterbrach ihn der andere und ließ sein Auge über die Landschaft schweifen. „Ich gehe durch keine Straße und an keinem Brunnen vorbei. Also weiter!"

„Weiter also! Ungefähr zwei Stunden jenseit des Kammes jenes Hügels hinter dem Dorfe."

„Gut. Wann hört Ihr auf zu arbeiten?"

„Mit Sonnenuntergang."

„Wollt Ihr mich wecken, ehe Ihr nach Hause geht? Ich bin zwei Nächte gewandert, ohne zu schlafen. Ich rauche meine Pfeife aus und werde dann schlafen wie ein Kind. Wollt Ihr mich wecken?"

„Gewiß!"

Der Wanderer rauchte seine Pfeife aus, steckte sie in die Brust, zog die schweren Holzschuhe aus und legte sich rücklings auf den Steinhaufen. Einen Augenblick darauf lag er in tiefem Schlafe.

Während der Straßenarbeiter seine staubige Arbeit fortsetzte und die weiterziehenden Hagelwolken Streifen von hellem Himmel durchblicken ließen, denen silberne Streifen auf der Landschaft entsprachen, schien der kleine Mann (der jetzt eine rote Mütze trug, anstatt der früheren blauen) von der Gestalt auf dem Steinhaufen ganz verzaubert zu sein. Seine Augen wendeten sich so oft dorthin, daß er seinen Hammer nur mechanisch gebrauchte und sehr wenig vorstatten brachte. Das sonnenverbrannte Gesicht, Haar und Bart so zottig und schwarz, die grobwollene Mütze, der fremdartige Anzug von selbstgesponnenem wollenen Stoff und rauhen Fellen, die ursprünglich mächtige aber von schmaler Kost abgezehrte Gestalt und das mürrische und verzweifelte Zusammenpressen der Lippen im Schlafe flößte dem Straßenarbeiter ein Grauen ein. Der Wanderer war weit gereist und seine Füße waren wund und seine Knöchel blutig gerieben; seine großen Schuhe, mit Blättern und Gras gestopft, hatten ihm den langen Weg schwer gemacht; und in seine Kleider waren Löcher gerissen. Der Straßenarbeiter bückte sich über ihn und versuchte zu sehen, ob er Waffen versteckt in der Brust oder sonstwo trage; aber vergebens, denn er schlief mit Armen, die ebenso entschlossen über seine Brust gekreuzt waren, als er den Mund geschlossen hielt. Befestigte Städte mit ihren Palisaden, Wachthäusern, Toren, Gräben und Zugbrücken erschienen dem Straßenarbeiter als so viel Luft gegenüber dieser Gestalt. Und wie er seine Augen von ihr zu dem Horizont emporhob und sich umschaute, sah seine Phantasie ähnliche Gestalten, von keinem Hindernis aufgehalten, über ganz Frankreich nach gemeinsamem Mittelpunkte wandern.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219181025-19/fragment/page=0002

Kleine politische Nachrichten.

Das Ministerium Wekerle zurückgetreten. Budapest, 23. Oktober. Das Kabinett Dr. Wekerle hat heute abend in der Sitzung des Abgeordnetenhauses endgültig seine Demission gegeben. In das neue Kabinett werden alle Parteien des Hauses sowie die außerhalb des Parlaments stehenden politischen Parteien, also die sozialdemokratischen Arbeiter und die bürgerlich-radikale Partei, Mitglieder entsenden.

Einberufung des elsaß-lothringischen Landtages. Wie die Straßburger Post meldet, hat die Regierung beschlossen, beide Kammern des elsaß-lothringischen Landtages baldigst einzuberufen. Der Termin der Einberufung hängt von dem Zeitpunkt der Räumung des zurzeit als Lazarett benutzten Landtagsgebäudes ab, was voraussichtlich innerhalb der nächsten vierzehn Tage geschehen wird.

Das Frauenwahlrecht in England. London, 24. Oktober. (Reuter.) Im Unterhause wurde mit 274 gegen 25 Stimmen eine Resolution angenommen, welche die Regierung auffordert, ein Gesetz einzubringen, nach dem Frauen als Mitglieder des Unterhauses wählbar sind.

Aus der Provinz.

Wohnungen nicht Gegenstand des täglichen Bedarfs.

Das für unseren Bezirk zuständige Oberlandesgericht in Naumburg hat nach einer Mitteilung der Preisprüfungsstellen in einer Verhandlung am 12. Dezember 1917 entschieden, daß Wohnungen nicht Gegenstände des täglichen Bedarfs seien, da nach Zweck und Inhalt die Preissteigerungsverordnung nur auf bewegliche Sachen zu erstrecken sei. Der § 1 der Verordnung spreche von Gegenständen, die zur Veräußerung erzeugt und erworben worden seien. Das treffe für Mietwohnungen nicht zu. Ferner ließen der Wortlaut des § 2, wo von der Festsetzung des Uebernahmepreises unter Berücksichtigung des Einkaufspreises die Rede ist, sowie § 5 Nr. 3, wonach die Vernichtung von Vorräten und die Einschränkung der Erzeugung und des Handels mit den genannten Gegenständen unter Strafe gestellt ist, sprachlich eine Ausdehnung auf Wohnungen nicht zu. Das Gesetz betr. Höchstpreise brauche den Begriff der Gegenstände des täglichen Bedarfs zum erstenmal. Nach der Begründung seien darunter die Gegenstände des Kleinhandels zu verstehen, also nicht Mietwohnungen. Die Richtigkeit dieser Auffassung ergebe sich auch aus dem Umstand, daß man sich zur Schaffung eines Schutzes des Publikums gegen Uebervorteilung bei Wohnungsmieten zum Erlaß der Bekanntmachung des Reichskanzlers zum Schutz der Mieter vom 26. Juli 1917 genötigt gesehen habe. Diese Sonderregelung wäre nicht nötig gewesen, wenn die Wohnungen unter die Preissteigerungsverordnung fielen.

Juristisch mag die hier vertretene Auffassung richtig sein; sachlich ist sie jedenfalls nicht zu verstehen. Der gesunde Menschenverstand schon sagt uns, daß Nahrung, Kleidung und Obdach heute die wichtigsten täglich nötigen Bedürfnisse eines Menschen sind.

Schönbig. Kohlenverkauf. Diejenigen Haushaltungen, welche auf Kohlenmarke Nr. 25 noch keinen Brennstoff bezogen haben, können aus dem städtischen Kohlenlager (frühere Oberförsterei) Montag, den 28. Oktober, vormittags 9 bis 12 Uhr, einen Zentner Steinkohle für 2,80 Mk. käuflich erwerben. Zu diesem Zwecke ist bis zum Sonnabend, den 26. Oktober d. J., nachmittags 6 Uhr, in der hiesigen Polizeiwache die Kohlenmarke Nr. 25 abzugeben und gegen Bezahlung des Kaufpreises ein Gutschein zu lösen. Der Gutschein ist bei Empfangnahme der Steinkohle abzuliefern.

— **Die Fettration.** Die Einwohner können in der städtischen Butterverkaufsstelle auf Stadtbuttermarke Nr. 52 80 Gramm Butter beziehen. Auf eine Buttermarke K werden 50 Gramm Butter, auf eine Buttermarke G und auf eine abgestempelte Zusatzfettmarke des Kreises Merseburg 50 Gramm Margarine verabreicht.

Querfurt. Die Kinos, Theater usw., die wegen der Grippe geschlossen worden waren, können von 26. d. M. an wieder spielen. Der Beginn des Unterrichts in der höheren Privatschule, der Bürger- und Mittelschule, sowie der Kleinkinderbewahranstalt der Stadt Querfurt wurde auf Montag, den 4. November, festgesetzt.

Eisleben. Wie war das möglich? Am Sonnabend, den 19. d. M., sollte auf dem hiesigen Ehrenfriedhofe die Leiche eines im hiesigen Reservelazarett verstorbenen Kriegers beerdigt werden. (Chefarzt ist Dr. Evers, Knappschaftsarzt.) Die Vorbereitungen der Beerdigung waren schon im Gange, da erschien plötzlich ganz atemlos ein Unteroffizier mit der Nachricht: der Tote befinde sich noch gar nicht im Sarge und man solle die Feierlichkeiten abbrechen. Nachdem man sich von der Wahrheit dieser Worte überzeugt, wurde der leere Sarg auf den Leichenwagen geladen und im Tempo fuhr dieser zurück nach der Leichenhalle des Stadtkrankenhauses, woselbst der tote Krieger noch auf dem Leichentische lag. Die Leiche wurde nun eingesargt und dann ging es zurück nach dem Ehrenfriedhof, wo die sterbliche Hülle der Erde übergeben wurde.

— **Schließung der Krippe.** Wegen Erkrankung der leitenden Schwester muß die Kinderkrippe (Herrenstraße) vorübergehend geschlossen werden.

Städtischer Verkauf von Kohl. Von heute ab wird — soweit der Vorrat reicht — städtischerseits vor dem Rathause Weiß- und Wirsingkohl in kleineren und größeren Posten abgegeben.

— **Die Milchverkaufsstelle 7** — seither Breiter Weg 66 — wird ab 28. Oktober nach Stahlshüttenhof Nr. 11 bei Frau Eigendorf verlegt. Die hier eingetragenen Kunden haben von diesem Tag ab die Milch daselbst abzuholen.

— **Unterhaltungsabend.** Im bekanntgegebenen Unterhaltungsabend am Sonnabend, den 26. d. M., bei Fessel, wird die Sängergesellschaft Lewandowsky-Berlin mit ihren Vorträgen aufwarten. Am Sonntag wird die Veranstaltung in Abisdorf zum Ring stattfinden. An beiden Abenden ist um 7 Uhr Anfang.

Arbeiter, besucht die Friedens-Versammlungen der Partei!!

Freitag (heute) in Sangerhausen in der Schweizerhütte;
Sonnabend in Artern im Goethehaus;
Sonntag in Könnern im Bürgergarten, Mucrena für Beesenlaublingen-Alsleben im Fährhof, Keuschberg-Dürrenberg in der Sonne, Dommitzsch in der Konzerthalle;
Montag in Löbejün in der Quelle.

Erscheint in Massen! Gebt Euren Friedenswillen kund!

Helbra. Franz Thiemann tot. Wieder ist einer von den Alten dahingegangen. Genosse Franz Thiemann ist am 22. Oktober verstorben im Alter von 57 Jahren, nachdem er lange mit einem alten Leiden zu kämpfen hatte, das ihm das Leben recht schwer machte. In der Zeit der schärfsten Reaktion in Mansfeld hat er sich zu uns gefunden und ist der Partei immer treu geblieben. Als eines der ältesten Volksblattleser und Verbandsmitglieder betrauern wir seinen Hingang. Am Freitag findet die Ueberführung der Leiche nach Halle statt, um im dortigen Krematorium eingeäschert zu werden.

Hettstedt. Mehlausgabe. Auf die Reichsfleischkarten-Abschnitte für die Woche vom 21. 10. bis 27. 10. 18 verabfolgen die Bäcker am Freitag und Sonnabend dieser Woche auf Kinderkarten-Abschnitte a 185 Gramm Mehl, auf Kinderkarten-Abschnitte a 90 Gramm Mehl.

Artern. Auf zur Friedensversammlung! Im Gasthaus (R. Michel) findet am Sonnabend eine von der U. S. P. D. arrangierte öffentliche Versammlung statt, die sich mit den Fragen befaßt, die heute das ganze deutsche Volk bewegen. Da hier lange Zeit keine öffentliche Kundgebung der Sozialdemokratie stattgefunden hat, darf erwartet werden, daß alle friedensfreundlichen Männer und Frauen am Platze sind.

Bitterfeld. Untreue und Konkursverbrechen wurden dem Kaufmann Emil Kaaschk von hier und dessen Ehefrau Ida zur Last gelegt, weshalb sich beide vor dem Schwurgericht Halle zu verantworten hatten. Die Verhandlungen nahmen fünf volle Tage in Anspruch. K. solle in den Jahren 1916 bis 1914 1. durch eine fortgesetzte Handlung als Geschäftsführer der Gesellschaft mit beschränkter Haftung Emil Kaaschk, später Kaaschk u. Obermann, Dampfkessel- und Apparate-Bauanstalt in Bitterfeld, über Forderungen und andere Vermögensstücke des Auftraggebers absichtlich zum Nachteile desselben verfügt haben, und zwar um sich und seiner Ehefrau einen Vermögensvorteil zu verschaffen; 2. durch dieselbe Handlung als Geschäftsführer einer G. m. b. H., über deren Vermögen das Konkursverfahren eröffnet worden ist, in der Absicht, deren Gläubiger zu benachteiligen, Vermögensstücke beiseite geschafft und die Handlungsbücher so geführt zu haben, daß dieselben keine Uebersicht der Vermögensstücke gewähren; die Ehefrau Ida K. soll ihrem Ehemann zur Begehung des zu 2 bezeichneten Vergehens und Verbrechens durch die Tat wissentlich Hilfe geleistet haben. Die Geschworenen verneinten von den 24 insgesamt vorgelegten Fragen die auf die Angeklagte Frau K. bezüglichen, die darauf auf Kosten der Staatskasse freigesprochen wurde. Von den den Angeklagten Emil K. betreffenden Schuldfragen bejahten die Geschworenen nur vier Fälle wegen Untreue, worauf das Gericht den Angeklagten zu einer Gesamtstrafe von einem Jahre sechs Monaten Gefängnis sowie zu einer Geldstrafe von 2000 Mark verurteilten.

— **Abgabe von Weichkäse.** Nr. 45 des Lebensmittelscheines kann, soweit nicht schon erfolgt, in sämtlichen Verkaufsstellen eingelöst werden. Für Nr. 48 können in Verkaufsstellen Bestwater und Günther 100 Gramm entnommen werden.

— **40 Gramm Butter!** Vom 27. d. M. ab gelangen bis auf weiteres an die Versorgungsberechtigten im ganzen Kreis Bitterfeld 40 Gramm Butter pro Kopf und Woche zur Verausgabung.

Delitzsch. Verkauf von Baumwollnähfäden, Zwirn, Stopf- und Strickgarn. In den durch entsprechende Verkaufsschilder kenntlichen Geschäften der Stadt werden Baumwollnähfäden und Garn wie folgt abgegeben: Auf je 3 Abschnitte Nr. 160 aller Lebensmittelscheine 200 Meter Baumwollnähfäden oder auf je 2 Abschnitte Nr. 160 5 Gramm Strick- bzw. Stopfgarn oder auf je 1 Abschnitt Nr. 160 1 Wickel Nähzwirn. Auf die Zwirnkarten der der Stadt zugestellten Ortschaften des platten Landes auf je 3 Abschnitte Nr. 1 oder Nr. 2 der Zwirnkarte 200 Meter Nähfäden oder auf je 2 Abschnitte Nr. 3 der Zwirnkarte 5 Gramm Garn oder auf je 1 Abschnitt Nr. 1 oder Nr. 2 je ein Wickel Nähzwirn. Zwirn und Garn kann nur so viel abgegeben werden, als die überwiesenen Mengen reichen. Die gewerbsmäßigen Verbraucher (Schneider usw.) erhalten ihren Nähfaden auf Bezugscheine, die ihnen vom Magistrat (bzw. von der Kriegswirtschaftsstelle des Kreises) ausgestellt werden.

Eilenburg. Städtischer Hasenverkauf. Auf Bezugsschein 131 gibt es ¼ Pfund Hasenfleisch zum Preise von 1,25 Mk. oder ein Hasenklein zum Preise von 80 Pf. bei Otto und Schönberg. Der Verkauf findet von Freitag nachmittag 2 Uhr an statt. Es kommen die Nummern 801 bis 1100 der Lebensmittelbezugskarte und die noch fehlenden Nummern bis 800 zur Abfertigung.

Wittenberg. Die Fortbildungsschule bleibt, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, bis zum 2. November geschlossen.

— **Metall-Notgeld,** die Stadtverordneten beschlossen in ihrer letzten Sitzung mit Rücksicht auf den sich noch immer recht fühlbar machenden Mangel an Kleingeld weitere 80 000 Stück Münzen aus Metall, teils 50 Pf., teils 10 und 5 Pf.-Stücke, als Kriegsnotgeld herausgeben. Die entstehenden Kosten von etwa 1100 Mark wurden bewilligt. Die Versammlung beschloß außerdem, den Magistrat zum Ankauf des Hauses des Kaufmanns H. Arndt in der Wasserstraße zum Preise von 80 000 Mark zu ermächtigen.

Briefkasten der Redaktion.

W. H. in M. Ihre Anfrage ist sehr unklar. Wenn Sie die Teuerungszulage zur Militärrente meinen, so beträgt diese bei einer Erwerbsunfähigkeit von 75 Prozent 240 Mark jährlich.

M. in D. Gewiß, die Zuschläge zu den Militärrenten sollen schon ausgezahlt werden. Wenden Sie sich einmal an das Generalkommando (Versorgungsabteilung) in Magdeburg.

Verantwortlich für: Politik, Parteinachrichten, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Alles Karl Boch; Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Otto Stilian; Anzeigen Hermann Schade. Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Dommitzsch an der Elbe.
Sonntag, den 27. Oktober, nachm. 3 Uhr, in Dommitzsch a. E. i. d. „Konzerthalle“:
Große öffentliche Volks-Versammlung
Ref.: Genosse **Karl Kürbs**, Halle, spricht über:
Der Friede u. die deutschen Arbeiter
— Freie Aussprache. —
Um zahlreichen Besuch bittet *1460
Der Einberufer: Oskar Bänisch.

Mode-Zeitungen in grosser Auswahl.
Volksbuchhandlung Halle. Harz 42/44.

Amtliche Bekanntmachungen.

Verkauf von Quark.

Am Sonnabend den 26. Okt. 1918 erfolgt der Verkauf von Quark auf den Abschnitt 3 des Einkaufsscheines über Molkerei-Erzeugnisse an folgenden Stellen: Milchhändlerin Rincke, Göthestraße 13, Milchhändlerin Stein, Spitze 8, Milchhändler Berger, Volkmannstraße 3a.

Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber von Einkaufsscheinen über Molkereierzeugnisse, welche in den vorgenannten Stellen zur Kundenliste angemeldet sind.

Auf den obenbezeichneten Abschnitt wird ½ Pfund Quark abgegeben, der Preis hierfür beträgt von heute ab 42 Pfg.

Die Verkäufer haben den vorbezeichneten Abschnitt abzutrennen und dieselben gebündelt dem Stadternährungsamt II am 29. Oktober abzuliefern.

Halle, den 25. Oktober 1918. **Der Magistrat.**

Kriegsbeschädigte
und Kriegerfrauen, welche noch keine Möbel haben, erhalten solche in grosser Auswahl bei 2426
bequemen Teilzahlungen
auf Kredit, auch nach auswärts.
N. Fuchs
Möbel-Ausstattungsgeschäft, Halle (S.),
Gr. Ulrichstrasse 58, I., II., III. Etage.
Kriegsanleihe und Sparkassenbücher werden in Zahlung genommen.

Seefisch-Verkauf.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. Sept. und 4. November 1915 wird der Verkauf der der Stadt überwiesenen Seefische wie folgt geregelt:

Der Verkauf wird morgen, Sonnabend, 26. Okt., in den bekannten einschlägigen Geschäften fortgesetzt. Für jede Person eines Haushaltes kann ca. ein halbes Pfund abgegeben werden. Es kommt nur **Schelle** zum Verkauf. Der Verkaufspreis ist in den Geschäften deutlich sichtbar angebracht. Der Verkauf erfolgt auf Warenbezugsscheine Nr. 16, Abschnitte Nr. 197. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 1 bis 8500 und die Inhaber der Nummern 66001 — 74000. Wegen Papiermangels wird das Publikum ersucht, Papier oder Taschen, Netze, Körbe 2c. mitzubringen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, die Abschnitte 197 des Warenbezugsscheines 16 abzutrennen und zu Hunderten gebündelt im Stadt-Ernährungsamt, Zimmer 11, binnen fünf Tagen abzuliefern.

Zuwiderhandlungen werden gemäß der eingangs erwähnten Bundesratsverordnung bestraft. Auch kann die Schließung des Geschäftes oder die Entziehung der weiteren Verkaufs der städtischen Ware verfügt werden.

Halle, den 25. Oktober 1918. **Der Magistrat.**

Armee-Dauer-Batterie
1.75 2432
Sobel, Steinweg 45, Reilstraße 1.
Ammendorf: Bahnhofstr. 3.

Arbeitsmarkt.

6 Mann
zu Akkord-Bauarbeiten sucht sofort.
Otto Meienberg, Baugeschäft, *1468
Weissenfels a. S.

Alleinstehende Frau sucht Stellung **Wirtschafterin** *1464 als in frauenlosem Haushalt. Brieff. Anfragen an Karl Franäke, Sangerhausen.

Am 22. Oktbr. erhielten wir die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Enkel, der Kanonier

Kurt Banse,

am 21. Oktober im blühenden 24. Lebensjahre in einem Kriegslazarett verstorben ist. 2127

Dies zeigen tiefbetrübt an

Familie August Banse.

Ansichts-Postkarten
empfiehlt **Die Volks-Buchhandlung.**

Familien-Nachrichten.

Am 24. ds., plötzlich und unerwartet, erhielten wir die traurige Nachricht, daß unser lieber unvergeßlicher Sohn, Bruder, Schwager und Enkel, der Musketier

Franz Thamhayn

im blühenden 21. Lebensjahre am 7. ds. Mts. ein Opfer dieses schrecklichen Völkermordens geworden ist.

Osendorf, den 25. Oktober 1918.

Die trauernde Familie

*1461 **Karl Thamhayn.**

Freudenvoll war stets dein Leben.
Du hast deine Ruh'.
Uns bleibt der Schmerz.
Schlaf wohl, du vielgeliebtes Herz.

Sozialdemokr. Verein Bitterfeld (U. S. P. D.)

Den Parteigenossen die traurige Mitteilung, daß unser treues Mitglied

Fritz Reißberg

am Mittwoch verstorben ist. *1463

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Sonntag nachmittag ½2 Uhr statt.

Sozialdemokr. Verein Wahlkr. Mansfeld.

Am 22. Oktober starb zu Helbra unser langjähriges Mitglied, der Bäckermeister

Franz Thiemann,

im Alter von 57 Jahren.

Die Ueberführung nach Halle und Einäscherung findet am Freitag nachmittag statt. *1462

Ehre seinem Andenken.

Der Vorstand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219181025-19/fragment/page=0003

Herbst-Mäntel = Kostüme = Röcke = Blusen

kaufen Sie preiswert. | Kaufhaus 2435 **H. Elkan,** Leipzigerstrasse 87.

Walhalla-Operetten-Theater.

Täglich 7½ Uhr:

Schwarzwaldmädel.

Sonntag ½4 Uhr: Fremden-Vorstellung.

„Schwarzwaldmädel".

Resetzung wie abends und ungekürzt.

Kinder haben keinen Zutritt. 2437

Kasse von 10 bis 1½ und 4 bis 6 Uhr.

Volkspark

Burgstrasse 27.

Morgen, Sonnabend, den 26. Oktober, abends 8 Uhr:

Gr. Lieder-Abend

des Frauen- u. Mädchenchors, Halle (Dirigent: Herr G. Lissel), unter Mitwirkung von Frau **Meta Herold** und Fräulein **H. Lissel.**

2430 Die Geschäftsleitung.

P.T.

Schmeerstrasse 5.

Ab Freitag: Erstaufführung:

Wanda Treumann

in ihrem wunderb. Krim.-Drama 5 Akte: 2428

?? Und er lebt doch ??

und das gr. Beiprogramm.

Anf. 4 Uhr. Sonntag Anf. 3 Uhr.

Kinder- u. Familien-Vorstellung.

Böhlert's Roßschlächterei.

Glauchaerstraße 75. 2436

Sonnabend vormittags: Nr. 3201 bis 3600.

Lehrmeister-Bücherei.

Eine Sammlung praktischer Anleitungen für alle möglichen Bedürfnisse des täglichen Lebens.

Preis pro Nummer 30 Pfg. (5 Pfg. Porto).

Aus dem reichen Inhalte sei nur einiges erwähnt:

Für Garten- und Obstfreunde und Gartenliebhaber. Etwa 50 Nummern.
Für Landwirtschaft, Bienen- und Fischzucht. Etwa 50 Nummern.
Für den praktischen Haushalt. Etwa 45 Nummern.
Für Geflügel- u. Singvogelfreunde. Etwa 40 Nummern.
Für geistig Vorwärtsstrebende. Etwa 50 Nummern.
Für Sport und Spiele. Etwa 60 Nummern.
Für praktische häusliche Beschäftigung und Basteln. Etwa 80 Nummern.
Für Jagd, Hunde und Angelsport. Etwa 20 Nummern.

Bei Bedarf verlange man Schriften-Verzeichnisse gratis.

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung, Halle a. d. S., Harz 42/44.

Alte Promenade 11a — UT — Leipzigerstraße 88

Fernruf 5738. | Fernruf 1224. 2434

Erstaufführung

Joe Deebs

spannendes Detektiv-Abenteuer:

Das rollende Hotel

— in 4 Akten. —

Vorführung: 4.30 6.50 9.20.

Erst das Geschäft, dann das Vergnügen

Humorvolles Lustspiel in 3 Akten mit

Arnold Rieck.

Vorführung: 4.00 6.10 8.30.

Die Augen der Mumie Mâ

Großes Drama in 4 Akten mit

Pola Negri.

Vorführung: 5.00 7.10 9.40.

Die blonden Mädels vom Lindenhof

Filmschwank in 3 Akten.

Nach dem gleichnamig. Bühnenschwank von **G. Okonkowski.**

Hauptdarsteller:

Melita Petri, Conrad Dreher, Leo Peukert.

Vorführung: 4.00 6.10 8.20.

Die neuesten Kriegsberichte.

Beginn 4 Uhr.

Apollo-Theater

Gastspiel Kurt Olfers Operettengesellschaft

Täglich abends ½8 Uhr: 2436

Eine Frau wie Du!

Operette in 3 Akten von Dr. Bruno Decker und E. Schoch. — Musik von Hermann Krome.

Sonntag, den 27. Oktober, nachm. ¼4 Uhr:

Märchenvorstellung bei kleinen Preisen:

Der verwunschene Prinz.

Märchen in 3 Akten von L. von Plötz.

Logen u. 1. Rang numeriert. Kinder zahlen auf allen Plätzen die Hälfte. Vorverkauf v. 9—1 u. 5—½7 Uhr im Bureau.

Brennholz

Abfallholz, klein geschnitten, in Ladungen, Fuhren und einzeln, ab Lager und frei Haus, verkauft billig

Artur Lindner

Tholuckstr. 9. Fernspr. 1450. *1437

Verlangen Sie überall **das gute Scheffelbrot.** 2295

Stadttheater.

Sonnabend, 26. Oktober:

Anfg. 7½ Uhr. Ende 10¼ Uhr.

Die Rose von Stambul. 2429

Sonntag nachmittag: **Der Strom.**

Sonntag abends: **Lohengrin.**

Vereins-Anzeiger

3. Veröffentlichung periodisch wiederkehrender

Veranstaltungen

der geselligen, politischen und wirtschaftlichen Vereine im Verbreitungsbezirk.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag. Jahresbeitrag 5 Mark jede Zeile.

Halle (Saale).

Arbeit.-Sänger-Chor

Mittwoch pünktlich abends ½9 Uhr im Volkspark: **Singestunde.**

Frauen- und Mädchenchor.

Jeden Freitag um 8½ Uhr im Volkspark: **Singestunde.**

Turnverein Fichte

Turnstund.: Turnhalle Ober-Realschule, Eing. Staudtestr. Männer-Abteilung: Dienstag u. Freitag, abds. 8-10 Uhr. Turnerinnen-Abteilung: Mittwoch, abends 8—10 Uhr. Sonntags von 8—11 Uhr: Volkstümliches Turnen und Spiel auf dem Sandanger.

Touristen-Vereinigung „Naturfreunde". Sonntag den 27. Oktober: Halbtagswanderung: Mögliß-Gutenberg-Sennewitz. — Abmarsch: 1.30 v. Walhalla.

Mandolinen-Zirkel Frohsinn, Halle. Jeden Donnerstag, abends ½9—½11 Uhr, im „Markgraf", Brüderstr.: Uebungsstunden für die Spielklassen I, II und III.

Jeden Dienstag im „Markgraf", Brüderstraße: Teil-Uebungsstunden f. Spielkl. II und III.

Sonntag den 20. Oktober, abends, im „Krug z. grünen Kranze": Gemütliches Beisammensein.

Bio

Große Ulrichstraße 57.

Der fliegende Holländer

Eine altfriesische Volkssage von dem gefürchteten

Geisterschiff

in fünf Akten. 2433

Gute Glückbringer ersparen Gas! Für Stek-u. Hängeglühlicht 1 Stück 95 Pfg. 12 Stück 10.80 Mk. 25 Stück 21.25 Mk. Dauerwäsche-Vertrieb **Kl. Berlin 2,** 1 Tr., rechts. Ecke Sternstraße. 2088

Möbel-Transporte sowie Speditionsfuhren führt sachgemäß aus 2140 **Albert Ackermann,** Thomasiusstr. 15. Tel. 5643.

Photographisches Atelier.

:: :: Eigene Vergrößerungs-Anstalt. :: ::

G. m. b. H. **Samson & Co.** G. m. b. H.

Gegenüb. d. Kaiserdenkmal. **Poststr. 9/10.** Gegenüb. d. Kaiserdenkmal.

Mattbilder: 12 Visites . 7 Mark, 12 Cabinets 14 Mark.

Vergrösserungen, auch nach älteren Bildern, in bester Ausführung, zu bekannt billigen Preisen.

2350 Geöffnet an Sonntagen von 9—2 Uhr, an Werktagen von 8—7 Uhr.

Größtes u. billigstes Atelier a. Platze.

Braunschweig.

Konzerthaus Walhalla.

Schuhstrasse 30 31. Telephon 1478.

Täglich: *1274

Grosse Künstler-Konzerte

der ganz besonders verstärkten **Hauskapelle.**

Anfang: Wochentags 6 Uhr.

Sonntags 11½—1 Uhr, 3—7½ Uhr, 8—11 Uhr.

„Bierglocke",

Ecke Schlosserstr. *1262 Ecke Schlosserstr.

:: Hiesige Biere ⁹/₃₀ Liter 30 Pfennig. :: Obstweine . . Täglich Konzert.

Restaurant *1275

Fürstenhof

Bringe meine Räumlichkeiten in empfehlende Erinnerung. Angenehm. Familien-Aufenthalt. **Friedrich Franke.**

Brettspiele

für den Schützengraben (Briefformat) nur **50** Pfg. Zu haben in der **Volksbuchhandlung,** Braunschweig, Neugulenmarkt 15.

Kopfwäsche

Frisieren.

Hauben-Netze Stück 1.50, Dtzd. 17.40 Mk.

Zöpfe

gr. Auswahl, billige Preise. Ankauf von ausgekämmt. Damenhaar.

Zopf-Siebert, nur Leipzigerstr. 33. Tel. 3129.

Ansichts-Karten

ernsten u. heiteren Inhalts. Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung,** Harz 42/44.

Gewindeschneiden.

Ein praktisches Hilfsbuch für **Dreher** mit vollständigen Tabellen, für alle vorkommenden Drehbänke und Gewinde.

Preis Mark 3.00.

Porto **10** Pfg.

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung, Halle a. d. S., Harz 42/44.

Sonderverteilung von Eiern in der fleischlosen Woche

Der Verkauf wird am Sonnabend, den 26. Oktober 1918 in der Talamtschule fortgesetzt. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 8000 bis zurück 1 vormittags von 8—1 Uhr.

Für die Person eines Haushaltes wird 1 Ei zum Preise von 42 Pf. abgegeben. Da die Eier konserviert sind, (Kühlhauseier), eignen sie sich nicht zum Kochen in der Schale. Es wird darauf hingewiesen, daß die Sonderverteilung beendet ist und eine Nachlieferung nicht stattfinden kann.

Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld, vor allem Kupfergeld, ist bereitzuhalten.

Umtausch der Eier innerhalb drei Tagen.

Halle, den 25. Oktober 1918. **Der Magistrat.**

Gelegenheitskauf in 2431 **Frühstückstaschen u. Schülermappen.**

Max Sobel, Steinweg 45, Reilstrasse 1.

Ammendorf: Bahnhofstraße 3.

K. Weinrich,

Roßschlächterei,

Böllbergerweg 30, Tel. 1876, 2179 zahlt für

Schlachtpferde

— die höchsten Preise. —

Geige kauft 2245 Mau, Torstr. 10.

Schulbücher aller Art. Tafeln, Schiefer, Federkästen, Blei, Zeichenblocks, Zeichenständer, Tornister rc.

Zu beziehen durch die **Volks-Buchhandlung,** Halle a. S., Harz 42 44.

CIRCUS KRONE

Gross-Wander-Schau

bis **28. Oktbr.** in **Braunschweig,** Langerkamp.

Täglich 3½ und 7½ Uhr:

Der neue Spielplan mit **Heinrich Wagner's Kampf mit den Tigern.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219181025-19/fragment/page=0004

Die politische Aussprache im Reichstage.

Die Elsässer, Polen und Dänen fordern Selbstbestimmungsrecht!

Schluß des Berichtes über die Mittwoch-Sitzung.

Fortsetzung und Schluß der Rede des

Abg. Haase (Unabh. Soz.):

Der neue Reichskanzler dachte bei seiner Eröffnungsrede nicht an Amnestie. Meine Fraktion hat, wie der stenographische Bericht ausweist, ihn durch Zurufe erst auf diese Pflicht hingewiesen. In jedem politischen Land ist es selbstverständlich, daß mit Regierungswechsel die politischen Opfer des alten Systems befreit werden. Infolge unseres stürmischen Verlangens nach Amnestie haben einige Blätter dann diese Forderung aufgegriffen. Das Ergebnis ist der Gnadenerlaß gewesen, der in jeder Beziehung unzureichend ist. (Sehr wahr! b. d. U. Soz.) **Wir begnügen uns nicht damit, daß nur Zivilpersonen begnadigt werden, wir verlangen**

die Ausdehnung auf die Militärpersonen und die Matrosen. Der Notschrei, der von den Matrosen aus dem Zuchthaus in Celle kommt, ist geradezu markerschütternd. Mehrere sind bereits

infolge Hungers zugrunde gegangen.

(Hört, hört! bei den U. Soz.) Andere leiden die schrecklichsten Qualen unter dem Hunger und haben den Wunsch, daß sie ebenso wie einige ihrer Kameraden, lieber erschossen worden wären, als im Zuchthaus zu enden. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) Es wird jetzt viel Aufhebens davon gemacht, daß auch Liebknecht als eine Militärperson befreit ist. Ahnen Sie denn nicht, von welch bitteren Gefühlen Liebknecht, Dittmann und andere der Entlassenen beseelt sind, weil ihnen Gnade gewährt ist, wo sie auf

Befreiung durch den Volkswillen

rechneten? Ahnen Sie nicht, welcher Druck auf diesen Männern lastet, daß sie in Freiheit gesetzt worden sind, während andere hinter Gefängnis- und Zuchthausmauern schmachten, obgleich sie dasselbe getan haben? (Sehr richtig! bei den U. Soz.) Nichts ist so peinlich wie die aufdringliche Reklame, die insbesondere heute an vielen Stellen mit Liebknecht getrieben wird. Eine Reklame, die ja nicht Liebknecht gilt, sondern die dem neuen Regime gilt, als ob es etwas Großes wäre, daß dieser Mann, der sich geopfert hat, um seinem Volk früher den Frieden zu bringen, nun endlich in Freiheit gesetzt worden ist. Die Arbeitermassen merken die Absicht und werden verstimmt. Sie erinnern sich vor allen Dingen noch, daß von Vielen abgesehen, seit mehreren Jahren schon ohne gerichtliches Urteil Frau

Rosa Luxemburg in Schutzhaft festgehalten

ist. Es haben die Akten kein Material ergeben, um ihr einen Strafprozeß zu machen. Aber weil das nicht der Fall ist, soll sie jetzt noch länger als die anderen sitzen, die vom Richter abgeurteilt worden sind. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) Schon politische Klugheit sollte ihnen sagen, daß sie nicht diejenigen Männer und Frauen festhalten, die im Ausland, auch im feindlichen Ausland, das größte Ansehen genießen als Vorkämpfer der Friedensidee. Unsere französischen Freunde haben auch jetzt in dieser Zeit, obwohl infolge der Siege der Entente-Heere der Chauvinismus in Frankreich blüht, mutig diesen Chauvinismus bekämpft und haben sich zu einem demokratischen Frieden bekannt, allen Anfeindungen zum Trotz. Diese Stimmung zu heben, das wäre ein Gebot nicht nur sogenannter, sondern wirklicher staatsmännischer Politik. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.) Meine Herren, wir verlangen aber auch Ausdehnung. — und das fällt in dasselbe Kapitel der Amnestie — und zwar auf Grund eines Gesetzes, wie wir es eingereicht haben, auf die Ausländer und die Angehörigen der besetzten Gebiete. Ich will nicht wiederholen, wie in diesen besetzten Gebieten der Terror gewütet hat, der Terror mit einer gesetzlichen Umhüllung. Was für drakonische Strafen leider wegen politischer Betätigung gegen einzelne Personen verhängt worden sind. Es ist ja gestern noch darüber gesprochen worden.

In Finnland ist ein Schreckensregiment,

wie es in der Welt noch nie erlebt worden ist. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) Viele Tausende von Kämpfern aus den Reihen der Arbeiterklassen und Bauern sind mit Maschinengewehren abgeschlachtet worden, nachdem sie sich selbst ihr Grab haben graben müssen. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) 80 000 finnische Revolutionäre sind bis jetzt noch gefangen, 50 000 von den 80 000, die gefangen genommen worden sind, sind zum Opfer gefallen der Blutorgie der finnischen Regierung. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) 10 000 sollen jetzt begnadigt werden, 20 000 sollen noch in Gefangenschaft bleiben. (Hört, hört! b. d. U. Soz.)

Meine Herren, vor kurzem ist die Nachricht gekommen, daß der frühere Senator Tanne, der neulich in Skandinavien für humanitäre Zwecke zur Unterstützung der Notleidenden in Finnland tätig war, ebenfalls verhaftet worden ist. Wenn die deutsche Regierung nicht die Gendarmen geliefert hätte für die Bourgeoisie, so wären solche Zustände unmöglich gewesen. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.) Und wenn die deutsche Regierung sich aus Finnland zurückzieht, — je schneller, desto besser, nicht nur für die Politik, sondern für die Menschlichkeit, vor allem für die Arbeiter in Finnland selbst. Meine Herren, die ganzen Verfassungsentwürfe, die Sie uns vorgelegt haben, sind ja nur wie ein

Flicken auf den absolutistischen, militaristischen Mantel.

(Sehr richtig! b. d. U. Soz.) Es sollen in Zukunft Abgeordnete Mitglieder der Regierung sein. Meine Herren, demokratisch ist es, daß, wenn ein Parlamentsmitglied in die Regierung eintritt, es zunächst

sein Mandat den Wählern zur Verfügung stellt,

um festzustellen, ob er auch jetzt in der Lage wäre, noch das Vertrauen seiner Wähler zu haben. Aber wir verkennen nicht, daß, nachdem das Proporzwahlrecht in einzelnen Bezirken eingeführt ist, dieser Grundsatz sich nicht mehr durchführen läßt. Wir werden also für diese Vorlage stimmen.

Der Antrag der Regierung, daß die Mitwirkung des Reichstages bei Erklärung von Krieg und bei Schluß von Frieden eintreten soll, ist völlig unzulänglich. Würde nur der Regierungsantrag angenommen, so bliebe in Wahrheit alles beim alten. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.) Denn dann würde der Kaiser nach wie vor das Recht haben, für den Fall, daß er glaubt, daß ein Angriff auf das Reichsgebiet erfolgt ist, allein den Krieg zu erklären. Das haben nun die Monarchen und die Staatsmänner immer verstanden, daß sie den Gegner ins Unrecht zu setzen suchten, daß sie jeden Krieg als einen Angriffskrieg zu charakterisieren unternehmen. Haben wir doch vernommen, daß wir von Frankreich dadurch angegriffen worden seien, daß französische Flieger über Nürnberg und Karlsruhe geflogen sind. Diese Lüge hat kurze Beine gehabt. Amtlich ist bald festgestellt worden, daß weder über Nürnberg noch über Karlsruhe ein Flieger gewesen ist, daß in keinem dieser Orte eine Bombe abgeworfen worden ist. Auf solche Argumente könnte sich also auch später der Kaiser stellen und Krieg erklären. Wir haben von vornherein **auch den Bundesrat ausschalten, wir wollen, daß das Volk kraft seiner Souveränität über sein Schicksal allein entscheiden soll, daß der Reichstag ausschließlich den Krieg erklären, den Frieden schließen soll.**

In diese Volkssouveränität paßt es nicht, daß eine unkontrollierbare Macht, der Kaiser, nach seinem Belieben die Volksvertretung nach Hause schicken kann. Wir haben infolgedessen auch den Antrag gestellt, **daß die Bestimmung unserer Reichsverfassung, nach der der Kaiser das Recht hat, den Reichstag aufzulösen, beseitigt wird.** Bei dem raschen Wechsel der politischen Ereignisse ist es auch wichtig, daß die Dauer der Legislaturperiode herabgesetzt wird. Wir schlagen Ihnen

eine einjährige Legislaturperiode

vor. Aber auch wenn diese Bestimmung — (Zuruf), nein, meine Herren, wir haben eine einjährige Etatsperiode, und es entspricht durchaus dieser Bestimmung, daß auch, wenn ein neuer Etat vorgelegt wird, das Volk wiederum bestimmt, wie die politische Situation zu beurteilen ist, und daß deshalb ein neuer Reichstag gewählt wird. Aber wollen Sie zwei Jahre, dann läßt sich darüber auch reden, das ist für uns kein Hinderungsgrund, wir haben viel wichtigere Sorgen. **Wir wollen vielmehr, daß die ganze Verfassung von Grund aus geändert wird.**

Ein Wirbelsturm geht durch die Welt,

und in dieser Zeit, wo alles von unten nach oben sich kehrt, wo die tiefgreifendsten Umwälzungen vor sich gehen, **da wollen wir keinen Kaiser, keinen Bundesrat, keinen Reichstag mit den Stimmungen haben, die in der gegenwärtigen Lage enthalten sind.** Nein, meine Herren,

es muß zur Republik kommen,

aber eine Republik, die eine kapitalistische Republik ist, ist keineswegs unser Ideal. Wir sehen das Heil der Arbeitermassen nicht in ihr, auch wenn jede Republik Hemmnisse im Klassenkampfe beseitigt. Wir sind vor allen Dingen jetzt entschlossen, die Massen mit dem Gedanken zu erfüllen, daß es nichts wichtigeres gibt, als **einen Frieden herbeizuführen, der die Gewähr der Dauer in sich schließt.** (Sehr richtig! b. d. Soz.) **Wir sind keineswegs in höchstem Maße begeistert für Wilson,** wir glauben nicht, daß, wenn ein Friede nach Wilsonscher Art zustandekommt, dann auch tatsächlich die Arbeitermassen auf ihre Rechnung kommen. Wir haben vor allen Dingen eine Sorge im Hinblick auf den neuen Herrn Reichskanzler, eine Sorge, die nicht unbegründet ist. Wir fürchten, daß, wenn die Regierungen sich auf dem Friedenskongreß geeinigt haben, daß sie dann, die jetzt miteinander hadern, dazu übergehen werden,

die russische Revolution gemeinsam zu unterdrücken.

Der Herr Reichskanzler hat in einem Interview, das er am 15. Februar d. J. dem Direktor des Wolffschen Telegraphenbureaus, Herrn Mandler, gab, die russische Revolution als Cholera und Pest bezeichnet. (Hört, hört! b. d. Soz.) Er hat erklärt, daß, wenn Cholera und Pest drohen, dann sich alle zivilisierten Staaten zu gemeinsamen Absperrungsmaßregeln zusammenschließen müssen. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) Kreuzzeitung und Frankfurter Zeitung haben in traulichem Verein nach demselben Ziele hingestrebt, haben gerufen, daß man sich zusammentun müsse,

um den Bolschewismus zu unterdrücken.

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat diese Bewegung mit seinem Aufruf noch gestärkt und gefördert. (Zust. b. d. U. Soz.) Meine Herren, es kommt nicht darauf an, ob man mit jeder einzigen Handlung der revolutionären Arbeiterregierung in Rußland einverstanden ist. Worauf es ankommt, ist, daß hier im großen Maßstabe der Versuch unternommen wird,

die sozialistischen Forderungen durchzuführen.

Da mag man Kritik am Einzelnen üben, aber man soll nicht jetzt, wo diese Republik sowohl von der Entente wie von Deutschland bedrängt wird, ihr in den Rücken fallen. (Sehr wahr! b. d. U. Soz.)

Meine Herren,

wir sehen trübe in die Zukunft,

trübe, weil wir fürchten, daß der Friede uns nicht die Ruhe bringen wird. Wir erwarten von der Regierung, daß sie aus eigener Initiative den Artikel 5 des Prager Friedens endlich zur Erfüllung bringen wird. (Sehr gut! b. d. U. Soz.) Die rein dänisch sprechenden, fühlenden und denkenden Nordschleswiger haben nach dem Prager Friedensvertrage ein Recht, daß sie endlich darüber abstimmen können, zu welchem Staate sie gehören wollen. (Zustimmung b. d. U. Soz.) Warten Sie nicht, bis auf dem Friedenskongreß auch diese Frage zu einer internationalen Frage gemacht wird.

Meine Herren, wir sehen die Völker nicht als Besitztümer an, die hin und hergeschoben werden können, von einem Staate zum andern. **Wir haben uns deswegen auch dagegen gewandt, daß Frankreich durch die Gewalt des Schwertes**

Elsaß-Lothringen zurückerobern

wollte. Wir stehen deswegen auch heute auf dem Standpunkte — und wir freuen uns, das unsere französischen Freunde ihn teilen —, daß die elsaß-lothringische Bevölkerung darüber entscheiden muß, zu welchem Staate sie gehören will. Meine Herren, nicht die Staatsgrenzen, auch nicht die Sprachgrenzen sind entscheidend: **entscheidend ist der Wille der Bevölkerung.** (Sehr richtig! b. d. U. Soz.) Wir sind nicht enttäuscht, über den Verlauf der Dinge. **Wir haben vorausgesehen, daß es so kommen würde.** Wir haben von Anfang an darauf hingewiesen, daß es unmöglich ist, die elsaß-lothringische Frage zu einer ausschließlich deutschen Frage zu stempeln, daß sie eine internationale Frage sei.

Wir stehen genau so zur

polnischen Frage.

Noch vor der polnischen Fraktion hat meine Fraktion in diesem Hause auch das Recht der Polen, auch der deutschen Polen, ihr Geschick zu bestimmen, sich mit den Polen der anderen Länder zu einem einheitlichen Staate zu vereinigen, verkündigt. (Bravo! b. d. Polen.) Aber, meine Herren, auch hier sind wir Gegner der polnischen Hitzköpfe, welche jetzt alles Land als polnisches Land bezeichnen möchten. Meine Herren, auch hier kann nicht die bloße Sprache entscheiden, sondern wiederum nur der Wille der Bevölkerung. Wir sind darauf angewiesen, mit dem neuen polnischen Reiche in Frieden zu leben, und es sollte von beiden Seiten, von deutscher Seite wie von polnischer Seite jetzt alles unterbleiben, was diese beiden Nationen durcheinander hetzen könnte. Meine Herren, es wäre ein Unglück, wenn durch nationalistische Aspirationen die Verbindung zwischen Ostpreußen und dem übrigen Teile des Reiches unterbunden würde. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.) Da klar zu sehen, was will die Bevölkerung? und nicht: was **nimmt etwa** ein Teil der Polen an? das ist unsere Aufgabe.

Meine Herren, wir sehen aber auch trübe in die Zukunft: nicht nur wegen all der schweren Leiden, die auf unserem Volke ruhen und die in ihrer vollen Tragik erst nach dem Kriege hervortreten werden, sondern auch wegen der

unerschwinglichen Lasten,

die auf ihm ruhen und die von Tag zu Tag größer werden. (Sehr wahr! b. d. U. S.) Meine Herren, wenn Sie den Krieg fortsetzen, so müssen Sie sich doch sagen, daß zu den Hunderten von Millionen — denn darum handelt es sich ja schon — noch weitere Zehner von Millionen kommen werden. Wer wird denn diese Lasten tragen? Zum größten Teil werden es wiederum die Arbeiter, die Handwerker und kleinen Leute überhaupt sein.

Der Mittelstand ist zerrieben

in einer Art, wie es niemand geahnt hat. Die Beamten, die Angestellten werden unter dem Steuerdruck und der Teuerung bei ihren geringen Gehältern leiden wie nie zuvor.

M. H., dennoch erklären wir: **das deutsche Volk wird nicht untergehen — wird nicht untergehen, wir auch dieser Friede ausfieht. Aber freilich, die Errettung kann dem deutschen Volke aus seiner Not, aus seinem Elend, aus dem unerhörten Druck nicht kommen in der gegenwärtig bestehenden Gesellschaftsordnung.** (Sehr wahr! b. d. U. Soz.) Die Produktivität der Landwirtschaft und der Industrie kann aufs höchste gesteigert werden, wenn an Stelle der Wirtschaftsordnung, deren einzige Triebfeder der Profit ist,

die sozialistische Wirtschaftsordnung tritt.

Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist notwendig. Auf Rußland können Sie nicht hinweisen, m. H., weil die Zustände in Deutschland ökonomisch viel reifer sind als in Rußland. In Deutschland und in England — das gestehen auch bürgerliche Professoren, Nationalökonomen zu — hat die Produktion einen solchen Reifegrad erreicht, daß es möglich ist, ohne starke Erschütterungen die kapitalistische Ordnung in eine sozialistische Wirtschaftsordnung überzuführen. (Sehr wahr! b. d. U. Soz.) Wie der Kapitalismus zusammengebrochen ist, wird

dem Kapitalismus auch bald seine Sterbeglocke läuten.

Die Götzendämmerung für das alte System sehen wir. Aber schon zeigt sich die Morgenröte einer neuen Zeit. **Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen wird aufhören; nur Freie und Gleiche wird es dann geben.** Von der Kühnheit und Entschlossenheit der Arbeiter, namentlich auch der deutschen Arbeiter, wie freilich der Arbeiter der anderen Länder wird es abhängen, **ob diese die Menschheit befreiende Umwälzung bald erfolgt, oder ob wir noch schwere Zeiten bis dahin durchzumachen haben. Wir haben Vertrauen zu den Arbeitern; wir sind überzeugt, daß aus all dem Elend am letzten Ende doch hervorgehen wird die volle Befreiung der Menschen.** (Lebh. Beifall b. d. U. Soz.)

Vizekanzler von Payer:

Die antimonarchischen Extravaganzen des Vorredners weise ich zurück, es ist jetzt nicht Zeit, zu derartigen Problemen Stellung zu nehmen. Von der rechten Seite hat man uns zum Vorwurf gemacht, wir treiben das Vaterland durch überstürzte Reformen einem Abgrund zu, von links, wir führen nur schwächliche Reformen durch. Vielleicht liegt die Wahrheit auch hier in der Mitte. Die praktischen Tragweiten der Reformen werden sich erst in Monaten, vielleicht Jahren zeigen. Immerhin hat noch kein Volk in so kurzer Zeit solche Reformen ohne jede Erschütterung in so besonnener und ruhiger, fast geschäftsmäßiger Weise durchgeführt. Das konnte deswegen geschehen, weil es sich um alte Forderungen zielbewußter Männer handelte, die viel zu lange nicht erfüllt wurden und für die spätestens jetzt der richtige Augenblick war. Der konservative Redner machte uns zum Vorwurf, daß wir eine Mehrheitsregierung, keine Koalitions-Regierung hergestellt haben. Voraussetzung für eine Koalitionsregierung ist, daß sie erfüllt ist von einem einheitlichen, klaren, alles überragenden Ziels, dem alle anderen Meinungen und Bestrebungen sich als verhältnismäßig, unbedeutend unterzuordnen haben. Hätten wir nun einen konservativen Parlamentarier aufgenommen in die Regierung, so wären wir wohl einig in dem Entschluß, das Vaterland mit äußerster Kraft zu verteidigen. (Zuruf rechts: Das ist die Hauptsache.) Nicht einig waren wir über den Inhalt des Friedens, über den Weg zu ihm, über die Oeffentlichkeit, mit der man ihn erstrebt und nicht einig über die Reformen. (Sehr gut bei der Mehrheit). Eine solche Regierung könnte kein Vertrauen erwerben, und gerade Vertrauen brauchen wir. Gerade deswegen können wir in der Regierung niemanden brauchen, der für einen Anhänger eines Gewaltfriedens galt. Ich denke nur, Graf Westarp hätte seine gestrigen Ausführungen über den U-Boot-Krieg als parlamentarischer Staatssekretär gemacht. Ein Friedenshindernis ist auch das Mißtrauen des Auslandes in unsere Demokratisierung, und dieses Hindernis mußten wir beseitigen. Wir brauchen eine unzweideutige ehrliche und grade Politik. (Lebh. Zustimmung bei der Mehrheit.) Der Schmerz der Konservativen ist begreiflich, daß sie, nachdem 40 Jahre lang die Mitglieder der Regierung aus konservativen Reihen genommen sind, jetzt kalt gestellt und durch diejenigen ersetzt sind, die sie 40 Jahre lang kalt gestellt hatten. (Zuruf rechts: Kriegsersatz!) Würde man übrigens nach Billigkeitsgründen die Regierungssitze verteilen, so hätten die Konservativen schon auf mindestens ein halbes Jahrhundert Vorschuß. (Gr. Heiterkeit.) Die Politik der Konservativen hat es unmöglich gemacht, sie in die Regierung aufzunehmen. Sie haben sich zu laut und hartnäckig dem entgegengestellt, was notwendig war und gehören jetzt dahin, wohin sie sich nach der gestrigen Erklärung gern begeben wollten, in die Opposition.

Noch ein Wort zu dem Antrag, daß dem Reichskanzler das Vertrauen des Reichstages befundet werden soll. Es scheint, daß nun auch formell das parlamentarische System das erste Mal praktisch ins Leben gerufen werden soll. Wir in der Regierung haben diese Vertrauenskundgebung nicht verlangt, sie ist uns aber selbstverständlich willkommen. Wir brauchen das Vertrauen der Mehrheit im Reichstag. Vielleicht leistet es nach innen und nach außen gute Dienste, wenn jetzt schon befundet wird, daß dies Vertrauen vorhanden ist. Wir schauen mit gutem Gewissen dieser ersten Entscheidung des Reichstags entgegen. (Bravo! bei der Mehrheit.)

Abg. Stychel (Pole): Abg. Graf Westarp sagte gestern, kein Fußbreit deutschen Bodens im Osten würde abgetreten werden. Wir Polen verlangen keinen deutschen Boden. Aber der Grundsatz muß fallen: wo der Deutsche Fuß gefaßt hat, da ist bereits deutscher Boden. Bezeichnend ist die Uebereinstimmung zwischen dem Grafen Westarp und dem Abg. Haase in dieser Frage. Abg. Naumann verlangte, daß Zweideutigkeiten aufhören. Der Ansicht sind auch wir. Deshalb geben wir unsere bisherige Zurückhaltung auf. (Heiterkeit rechts.) Wir haben keinerlei Absicht, die nationalen Gefühle Deutschlands zu verletzen. Wir haben Verständnis für diese Gefühle, denn wir haben Jahrhunderte unter denselben Empfindungen leiden müssen. Die Morgenröte einer neuen Zeit bricht an. Wir erleben eine Umwertung der Werte. Die ungeheuren Menschenopfer sind nicht vergebens gebracht. Heute heißt es: Jedem sein Recht, suum cuique! Niemand wird gedemütigt werden, denn der Verzicht auf unrechtes Gut, der Sieg über sich selbst, ist keine Erniedrigung, sondern eine läuternde Tat. Polen hat sich trotz seiner Aufteilung unter drei Reiche stets als ein einheitlicher Organismus gefühlt. Die Politik der preußischen Staatsraison rächt sich jetzt an ihrem Urheber. (Sehr wahr! bei den Polen.)

Abg. **Graf Posadowsky** (D. Fraktion): Das Wesen der konstitutionellen Monarchie besteht in der Trennung der gesetzgebenden von der vollziehenden Gewalt. Diese Grenzen sind im Reich schon seit längerer Zeit immer mehr verwischt worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219181025-19/fragment/page=0005

Dadurch entstand ein Krypto-Parlamentarismus zum Schaden des Vaterlandes, denn nichts ist gefährlicher, als daß jemand formell die Verantwortung trägt, der sie sachlich nicht tragen kann. Diesem Krypto-Parlamentarismus gegenüber bedeutet die jetzt vollzogene Parlamentarisierung eine Lösung. (Sehr richtig! rechts.) Schwere Bedenken liegen gegen eine parlamentarische Regierung namentlich in einem Bundesstaat vor. Als Minderheitspartei werden wir alle Maßnahmen der Regierung zur Verteidigung und Wiederaufrichtung des Vaterlandes unterstützen. (Sehr richtig! rechts.)

Das Stellvertretungsgesetz für den Reichskanzler wird zu politischen Irrtümern und Gegensätzen Veranlassung geben. Es muß schließlich zu einem kollegialen Reichsministerium führen. Das widerspricht dem föderalistischen Gedanken des Reichs. Bedauerlich ist, daß das preußische Abgeordneten- und Herrenhaus das allgemeine Wahlrecht nicht ohne weiteres angenommen haben, denn das allgemeine Wahlrecht war nicht zu vermeiden. Aber auf dem föderalistischen Boden des Reichs steht nicht, wer den Bundesstaat Preußen zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts zwingen will. (Sehr richtig! rechts.) Beim Erlaß des preußischen Belagerungszustandes hat man keineswegs an eine solche Ausdehnung der militärischen Befugnis gedacht, wie sie bei seiner Handhabung erfolgten. Die ganze Handhabung macht es notwendig, daß später im Frieden ein Reichsgesetz über diese Materie geschaffen wird. Das deutsche Volk hat doch seit Gründung des Reichs große Fortschritte gemacht. Wir wollen abwarten, ob es der neuen Regierung gelingt, ebenso für die Wohlfahrt des deutschen Volkes zu wirken. Wenn alle unsere Versuche, zu einem ehrenvollen Frieden zu kommen, keinen Erfolg haben, müssen wir uns vorbereiten, weiter zu kämpfen für unsere Ehre und unsere Zukunft! (Bravo! rechts.)

Abg. Ricklin (Elf.): Der Reichskanzler hat auf die Veränderungen in Elsaß-Lothringen hingewiesen. Wir halten es für unsere Gewissenspflicht, dem deutschen Volke die volle Wahrheit zu sagen, um keine trügerischen Hoffnungen aufkommen zu lassen. All das, was in Berlin und von der neuen Regierung in Straßburg nach dieser Richtung jetzt unternommen wird, wird in dem Stadium, in das nunmehr die elsaß-lothringische Frage eingetreten ist, keine wesentliche Einwirkung auf

die Stimmung in Elsaß-Lothringen

mehr ausüben können. (Hört, hört!) Durch die Annahme der 17 Punkte des Wilsonschen Friedens-Programms durch die deutsche Regierung, insbesondere des Punktes 8 ist die elsaß-lothringische Frage zu einer internationalen geworden, deren Lösung, wenn nicht dem Präsidenten Wilson, so doch dem Friedenskongreß übertragen ist. **Der größte Teil des elsaß-lothringischen Volkes beansprucht das Recht,**

selbst über sein politisches Schicksal zu entscheiden.

Da müssen wir jetzt alles unterlassen, was der freien Willensäußerung des Volkes vorgreifen könnte. Die vorgenommenen Aenderungen schließen aber eine solche Präjudizierung der freien Willensäußerung der Elsaß-Lothringer ein, daß sie jedenfalls geeignet sind, die öffentliche Meinung zu verwirren. Daß uns von unsern Wählern übertragene Mandat, für einen selbständigen Bundesstaat Elsaß-Lothringen einzutreten, ist durch die Entwicklung dieser Frage überholt. **Wenn der jetzige Schritt früher erfolgt wäre, so wäre er nicht imstande gewesen, bei uns viel Unheil zu verhüten, sondern auch geeignet gewesen, das gräßliche Unglück, welches durch den Krieg über die Welt hineingebrochen ist, mit zu verhindern.** (Hört, hört! — Bewegung.)

Abg. Hanssen (Däne): Zum Programm Wilsons gehört vor allem die Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Der Ernst der Stunde fordert von uns eine klare und offene Sprache. Als Vertreter der dänischen Bevölkerung in Nord-Schleswig fordere ich im Namen des Rechts und der Gerechtigkeit die Durchführung des § 5 des Friedensvertrages von Prag vom 20. Dezember 1868, und damit bei dem bevorstehenden Friedensschluß die endgültige Lösung der nordschleswigschen Frage auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Bevölkerung.

Eine neue Zeit bricht heran. An Stelle der Macht der Waffen soll die Macht des Rechts treten. Die neue Regierung hat sich mit dem Wilson-Programm und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker einverstanden erklärt. Möge sie bei dem Friedensschluß eine Politik des Rechts und der Gerechtigkeit und der Versöhnung auch gegenüber Dänemark und Skandinavien befolgen. (Bravo! bei den Dänen.)

Präsident Fehrenbach schlägt **Vertagung** vor.

Abg. Graf **Westarp** (Konf.): Ich bitte zu vertagen, bis die Regierung zu den heute gehörten Erklärungen der Polen, Dänen und Elsässer Stellung genommen hat.

Abg. **Ledebour** (U. Soz.): Hierzu ist eine längere Vertagung doch nicht nötig.

Vizekanzler v. **Payer**: Die Regierung wird morgen bei Beginn der Sitzung ihre Erklärung über diese Kundgebungen abgeben.

Abg. Graf **Westarp** (Konf.): Auch das preußische Staatsministerium muß das tun. (Große Heiterkeit links.)

Abg. **Ledebour** (U. Soz.): In diesem Moment halten wir es nicht für notwendig, das preußische Staatsministerium vor das Forum des Reichstages zu ziehen. Wenn wir es einmal für notwendig halten werden, so werden wir uns auf den Grafen Westarp berufen.

Präsident Fehrenbach: Diesen Anregungen denke ich keine Folge zu geben.

Abg. **Ebert** (Soz.): Ich bitte folgenden Antrag, der noch nicht verteilt ist, zugleich mit einem Antrag Graf Westarp, der dieselbe Materie behandelt, noch heute dem Ausschuß zu überweisen: **Die Löhnung der Mannschaften wird vom 1. Oktober an verdoppelt, die der Unteroffiziere und Beamten um 50 Prozent erhöht, eine Aufbesserung der Offiziersgehälter im Felddienst wird in Erwägung gezogen.**

Da niemand widerspricht, wird dieser Antrag mit dem entsprechenden Antrag Westarp einem Ausschuß überwiesen.

Abg. Graf **Westarp** (persönlich): **Vizekanzler von Payer hat es so dargestellt, als ob wir über die verlorene Macht trauern und parteitendenziöse Angriffe im Anschluß daran gegen uns gerichtet. Er hat mich mißverstanden. Wir haben uns nicht** über den Gang der Dinge beklagt, sondern lediglich den Sachverhalt festgestellt. (Lebh. Zustimmung rechts.)

Vizekanzler v. **Payer**: Ich verwahre mich gegen den Vorwurf parteitendenziöser Angriffe. Ich habe als Mitglied der Regierung Angriffe gegen uns zurückgewiesen, das ist mein Recht und meine Pflicht. (Lebh. Beifall.)

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr.

Schluß 7 Uhr.

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Solf über die Kriegsanleihe:

Es ist mir unverständlich, daß manche glauben, durch den Wechsel der Regierung oder in der Reichstagsvertretung könnte die Sicherheit der Kriegsanleihe nur im geringsten gefährdet sein.

Solf

Halle und Saalkreis.

Halle, den 25. Oktober 1918.

Wir fordern die Freilassung Reiwands!

Die **Wiederinhaftnahme unseres Genossen Reiwand**, die wir gestern kurz melden konnten, hat in der Arbeiterschaft der Stadt Halle **beträchtliche Aufregung** hervorgerufen. Schon gestern nachmittag wurde vielfach bei der Redaktion und dem Parteisekretariat angefragt, ob es Tatsache wäre, daß gegen den Mann, der nun schon zehn lange Monate in Haft saß, ohne daß bisher ein Strafverfahren gegen ihn abgeschlossen werden konnte, der, wie man glaubte, auf Grund der Amnestie der Freiheit wiedergegeben worden war, von neuem die Schutzhaft in Anwendung gebracht worden sei, die man infolge der Maßnahmen der neuen Regierung erledigt wähnte. Und auch heute früh werden wir bestürmt mit Anfragen nach dem Wie und Weshalb, ohne daß wir auf diese Fragen Antwort zu geben vermöchten. Bis zur Stunde wissen wir nicht, wer Reiwands Wiederverhaftung veranlaßt hat und weshalb sie erfolgte.

Vielleicht, daß die eingeleiteten Maßnahmen uns Aufklärung verschaffen. Der Fall Reiwand ist bereits gestern im Reichstage vom Genossen Ledebour öffentlich zur Sprache gebracht worden und die Darstellung des gänzlich unbegreiflichen Vorgehens gegen unseren Genossen hat nicht nur in den Reihen der unabhängigen und sozialdemokratischen Abgeordneten, sondern auch in Kreisen von bürgerlichen Abgeordneten Empörung ausgelöst. So etwas hielt man in diesen Zeiten doch nicht für möglich. Genosse Haase hat sich in der Angelegenheit unseres Freundes sofort an den Reichskanzler und den Kriegsminister gewandt und die schleunigste Wiederentlassung Reiwands aus der Haft gefordert. Hoffentlich fällt die Entscheidung bald.

Man wird das Gefühl nicht los, daß hier ein überaus bedauerlicher **Mißgriff des alten Systems** vorliegt, von dem die Lobredner des neuen Deutschland zwar immer und sehr laut behaupten, daß es tot sei, das sich aber gerade im Fall Reiwand wieder einmal sehr deutlich geäußert hat. Und deshalb haben wir die Pflicht, zu fragen: Wer trägt für jene Maßnahme die Verantwortung? Ist das der neue freiheitliche Kurs im Innern Deutschlands? Ist das die verheißene Milderung des Belagerungszustandsgesetzes? Ist das die Sicherung der politischen und persönlichen Freiheit, die uns verheißen wurde? Die versöhnende Absicht der Amnestie, wovon im Reichstage erst vor ein paar Tagen das Haupt der neuen sogenannten demokratischen Volksregierung so schön geredet hat?!

Diese Fragen stellen, heißt die **Forderung** erheben, zu der sich wohl alle bekennen, die die politischen Notwendigkeiten der Zeit begriffen und sich den Sinn für Gerechtigkeit auch gegenüber dem politischen Gegner bewahrt haben: **Karl Reiwand muß ohne Verzug der Freiheit wiedergegeben werden!**

Gewerkschaftskartell Halle.

Ueber die Sitzung vom 23. Oktober wird uns berichtet:

1. **Eingänge und Mitteilungen.** Der Vorsitzende Strehler erinnert daran, daß vor einigen Monaten das Kartell eine Eingabe an die zuständigen Stellen wegen Erhöhung der Ortslöhne habe gelangen lassen. Jetzt sei eine solche sowohl für die Stadt Halle als auch für den Saalkreis erfolgt. — Vom Verband der Jugendgerichtshilfe in der Provinz Sachsen liegt eine Einladung zur Teilnahme an einem Lehrgang in der Universität Halle vor. — Holzarbeiter Max Schnabel regt an, eine Verbesserung der städtischen Arbeitslosenfürsorge zu erstreben, da bei Beendigung des Krieges sicher eine größere Arbeitslosigkeit eintreten werde. Dem wird zugestimmt.

2. **Die polizeilichen Vorschriften über das gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungswesen.** Hierzu führt Arbeitersekretär Kleeis aus, daß während des Belagerungszustandes die Veranstaltung von Versammlungen großen Beschränkungen unterworfen sei. Eine Bekanntmachung des stellv. Kommandierenden Generals für das 4. Armeekorps in Magdeburg vom 21. September 1918 bringe einige Erleichterungen insofern, als gewerkschaftliche, also nichtpolitische Versammlungen nicht mehr der Genehmigung, wohl aber noch der Pflicht zur Anmeldung unterliegen, die spätestens sechs Stunden vor Beginn bei der zuständigen Polizeibehörde zu bewirken sei. Die „Befugnis" der Polizeibehörde zum Verbot und zur Ueberwachung bleibe bestehen. Der Kartellvorstand habe sich bemüht, hier weitere Erleichterungen herbeizuführen. Eine Rücksprache mit der politischen Polizei in Halle ergab, daß diese die gewerkschaftlichen Versammlungen **nicht mehr überwachen wolle**, es sei denn, daß es sich in ihnen um Erörterung politischer Angelegenheiten oder überhaupt um außergewöhnliche Veranstaltungen handele. Der Kartellvorstand habe auch eine Eingabe an das stellv. Generalkommando des 4. Armeekorps in Magdeburg gerichtet und ersucht, aus jener Bekanntmachung vom 21. September 1918 die gewerkschaftlichen Veranstalungen, also jene, die sich **nicht** mit politischen Angelegenheiten beschäftigen, fortzulassen, so daß hinsichtlich dieser die Vorschriften des Vereins- und Versammlungsgesetzes gelten. Es würden dann diese Versammlungen überhaupt nicht mehr bei der Polizeibehörde anzumelden sein. Das Generalkommando hat hierauf durch Bescheid vom 22. Oktober 1918 geantwortet, daß es dem Ersuchen **nicht entsprechen** könne. Die erwähnte Bekanntmachung verfolge schon den Zweck, den gewerkschaftlichen oder sonstigen beruflichen Organisationen die Vertretung ihrer beruflichen Interessen zu erleichtern. Der Auffassung, daß die Befolgung der Meldepflicht bei gewerkschaftlichen Zusammenkünften nur mit Schwierigkeiten einzuhalten sei, könne auch nicht beigepflichtet werden. Eine telephonische Anmeldung dürfte sich in eiligen Fällen immer noch ermöglichen lassen. — Die Sitzung beschließt, mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung zu treten, damit diese die Aufhebung der noch bestehenden Beschränkungen auf dem Gebiete des gewerkschaftlichen Vereins- und Versammlungswesens vermittelt.

3. **Die Erhöhung der Familienunterstützung für die Angehörigen der Kriegsteilnehmer** bespricht ebenfalls Arbeitersekretär Kleeis. Nach einer Bundesratsverordnung vom 28. September 1918 sind die Gemeinden verpflichtet, aus ihren Mitteln eine Erhöhung der bis zum 1. Oktober 1918 gezahlten Familienunterstützung eintreten zu lassen, die spätestens vom 1. November 1918 ab zu gewähren und deren Betrag je nach den örtlichen Verhältnissen zu bemessen ist. Bis zum Betrage von 5 Mk. für jeden Unterstützten werden diese seit dem 1. November 1918 gewährten Zulagen vom Reiche erstattet. Redner hält es für nötig, daß auch in Halle wieder eine nennenswerte Erhöhung der Unterstützungssätze eintritt. Ganz besonders wendet er sich gegen die weitgehende Kürzung der Unterstützung in den Fällen, in denen die Kriegerfrauen einen Arbeitsverdienst erzielen. Dadurch werde die Lust zur Arbeit geschmälert. — Nach kurzer Aussprache wird folgende **Entschließung** angenommen: „Das Gewerkschaftskartell Halle ersucht darum, die Bundesratsverordnung vom 28. September 1918 betreffend die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften in der Weise durchzuführen, daß die Zulage je unterstützte Person mindestens 10 Mk. im Monat beträgt. Da die **Gemeinden diese Zulagen bis zu 5 Mk. wieder vom Reiche erstattet bekommen, sind die Zuschüsse aus ihren eigenen Mitteln nur geringe. Weiter wird ganz besonders darum ersucht, daß künftighin Arbeitsverdienst der Unterstützungsberechtigten bis zu 50 Mk. im Monat überhaupt nicht zur Berücksichtigung und Anrechnung kommt. Von den überschießenden Beträgen soll in der Regel nur ein Viertel gekürzt werden. Zur Begründung sei nur auf die fortschreitende Entwertung des Geldes verwiesen."**

4. **Die Verbilligung des Straßenbahnfahrgeldes für Arbeiter** bespricht einleitend Stadtverordneter **Gerig**. Die Stadtverordnetenversammlung haben auch zunächst eine weitergehende Ermäßigung des Preises für Arbeiterfahrkarten beschlossen, doch habe der Magistrat nicht zugestimmt. Die Monatskarten für 10 Mk. seien für die Leute, die sie gebrauchen können, viel zweckmäßiger. Es sei nötig, hinsichtlich der Arbeiterfahrkarten Verbesserungen anzuregen, wenn auch die Aussichten auf Erfolg geringe seien. — In der lebhaften Aussprache kommt der ganze Unwillen gegen die Verteuerung des Straßenbahnfahrgeldes zum Ausdruck. Alles, was in die Hände der Stadt überginge, werde verschandelt. Ganz besonders müsse man sich gegen den Teilstreckentarif wenden. Gegen die unerhörte Verteuerung müsse Front gemacht werden. Manche Einrichtungen der Straßenbahn erinnern an Krähwinkel. Man beschließt, eine Eingabe zu machen, in der um verschiedene Verbesserungen der Arbeiterfahrkarten ersucht wird.

5. Unter **Sonstigen Kartellangelegenheiten** kommt die Sprache wieder auf die **Ernährungsschwierigkeiten**. Besonders wird kritisiert, daß es selbst in der fleischlosen Woche keine Butter gebe, sondern nur recht geringwertige Margarine. **So könne es auf keinen Fall weitergehen.** Stadtverordneter **Gerig** macht längere und interessante Ausführungen hierzu. Dem Magistrat treffe keine Schuld; dieser habe alles getan, was möglich war. Die Verantwortlichkeit treffe die zentralen Stellen in Berlin. Es sei in Aussicht gestellt worden, daß in nächster Zeit die Fettverteilung besser werde. Die Kartoffellieferung sei in letzter Zeit wieder sehr mangelhaft gewesen. Man beauftragt den Kartellvorstand, die Angelegenheit weiter im Auge zu behalten.

6. Die **Anwesenheitsliste** ergibt das **Fehlen** von Vertretern der Bergarbeiter, Böttcher, Buchbinder, Buchdruckerei-Hilfsarbeiter, Fabrikarbeiter, Kupferschmiede, Lithographen, Sattler, Steinarbeiter, Steinsetzer, Tabakarbeiter, Tapezierer, Zimmerer.

---

* **Der Preis für Petroleum** ist ab 20. Oktober 1918 auf 45 Pf. für das Liter festgesetzt worden. Der neue Kleinverkaufspreis gilt für die städtischen Verkaufsstellen erst vom 25. Oktober ab. Das halbe Liter ist mit 23 Pf. zu bezahlen. Der Einkauf ist nur gegen städtische Petroleummarken zulässig.

* **Stadttehater.** Heute, Freitag, geht das Schauspiel Der Schöpfer von Hans Müller in Szene. Sonnabend gelangt Die Rose von Stambul zur Aufführung. Sonntag, nachmittags 3 Uhr, Volksvorstellung Der Strom. Sonntag, abends 7 Uhr, Lohengrin. Montag Das Dreimäderlhaus. Laut polizeilicher Vorschrift ist Minderjährigen unter 17 Jahren der Besuch der Operette Die Rose von Stambul verboten, während der Besuch der übrigen Vorstellungen im Stadttheater den Jugendlichen erlaubt ist.

* **Hallische Kriegsverluste.** Verlustliste 1269: Emil Bachmann gest. inf. Krankh. Otto Brendel, bish. verw., verw. u. verm. Otto Gießler schw. verw. Richard Hoffmann verm. Fritz Höhne durch Unfall verletzt. Franz Jäger l. verw. Kurt Merker l. verw. Richard Nickel l. verw. Walter Wipplinger verm. — Verlustliste 1270: Paul Angerstein gef. Max Bandermann l. verw. Serg. Otto Bock gef. Alex Bornschein l. verw. Rudolf Brömme l. verw. b. d. Tr. Paul Cristall l. verw. Albert Czech l. verw. Paul Dreßler gef. Otto Engelmann l. verw. Gefr. Walter Cropp aus Gefgsch. zurück. Paul Kießler verm. Walter Meinhardt gest. an seinen Wund. Serg. Rudolf Mende l. verw. Otto Mucke l. verw. Otto Müller l. verw. Fritz Posselt l. verw. Otto Quilitzsch l. verw. b. d. Tr. Franz Radam verm. Max Richter I verm. Friedrich Rudolf l. verw. b. d. Tr. Walter Schmidt l. verw. Albin Schonderf verm. Willi Stötzner l. verw. Friedrich Ulrich verm. Artur Wiegand l. verw. Gefr. Paul Meyer II l. verw. b. d. Tr. — Verlustliste 1271: Utffz. Wilhelm Barth l. verw. Max Beck l. verw. Major Ernst v. Bila schw. verw. u. verm. Karl Brand l. verw. b. d. Tr. Gefr. Adolf Dunse l. verw. b. d. Tr. Kurt Eichelmann verm. Vizefeldw. Werner Harnisch l. verw. Utffz. Paul Knorre, bish. verw. gest. Otto Kobold verw. Gefr. Kurt Otto l. verw. b. d. Tr. Ernst Stössel verm.

* **Vom Viehmarkt.** Zu dem am Donnerstag stattgefundenen Viehmarkte waren 70 Pferde aufgetrieben. Der Umsatz war infolge mangels an Käufern und der geforderten hohen Preise nur gering. Der Viehmarkt war um 12 Uhr mittags beendet. Auf dem Krammarkte waren errichtet 2 Karussells, 2 Schießbuden, 1 Schaubude und 103 Verkaufsstände. Die Zahl der Marktbesucher war, dem Umfange des Marktes entsprechend, nur gering. Als gestohlen wurden zwei Geldtaschen mit größeren Geldbeträgen gemeldet. Die Ermittlungen nach den Tätern waren bisher erfolglos.

* **Wer ist die Tote?** Noch nicht ermittelt ist, laut einer Mitteilung der Polizei, die Persönlichkeit der am 9. Oktober 1918 am Gimritzer Wehr aus der Saale gelandete Frauenleiche. Die Leiche bfand sich noch in frischem Zustand und kann nur kurze Zeit im Wasser gelegen haben. Die Verstorbene war etwa 50 bis 55 Jahre alt, etwa 1,65 Meter groß, halte graumeliertes Haar und fast keine Zähne. Bekleidet war die Leiche mit grauer Bluse, innen schwarz- und graugestreift, blauem Oberrock mit Streifen und Punkten, blaugemustertem Kattunrock, braunem Barchentunterrock, weißen Barchentbeinkleidern, weißer, geflickter Barchentunterjacke, weißem Barchenthemd, schwarzen, wollenen Strümpfen, unten grau angestrickt, und schwarzen, halben Zeugschuhen mit Riemen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Leiche nach Halle getrieben worden ist und daß die Verstorbene in einem Ort oberhalb der Saale wohnhaft gewesen ist, weswegen um Verbreitung dieser Notiz in den Pressen der Kreise Merseburg, Weißenfels und Naumburg erwünscht ist. **Wer über die Tote Auskunft geben kann, wird gebeten, sich alsbald bei der Kriminalpolizei, Zimmer 72 oder 73, zu melden, wo ein Lichtbild der Toten ausliegt.**

* **Brotdiebe auf der Flucht.** In der vergangenen Nacht warfen drei Soldaten, die sich verdächtig machten und verfolgt wurden, in den Anlagen der Pauluskirche elf Brote und ein Jackett von sich und entkamen in der Dunkelheit. Die Sachen, die vermutlich aus einem Diebstahl stammen, wurden sichergestellt.

Vereins- und Vergnügungsanzeigen.

Thalia-Theater. Im Thalia-Theater gelangt am Sonntag, den 27. Oktober, abends 7½ Uhr, unter der Spielleitung von Eugen Teuscher das Lustspiel Komtesse Guckerl von Schönthan und Koppel-Ellfeld zur Aufführung. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen Debicke, Grawi, Hartmann, Michel und die Herren Schur, Wedding, Kriwat, Teuscher, Schmaus, Jarocki.

Märchenvorstellung im Apollotheater. Vielfachen Wünschen entsprechend veranstaltet die Direktion eine Reihe von Märchenvorstellungen zu kleinen Preisen an Sonntagnachmittagen. Als erstes Märchen geht Der verwunschene Prinz Sonntag nachmittag ½4 Uhr in Szene. Zur Erlangung guter Plätze empfiehlt es sich, die Eintrittskarten, besonders die numerierten Logen u. I. Rangplätze im Vorverkauf von 9—1 und 3—½7 Uhr im Bureau zu besorgen. Kinder zahlen auf allen Plätzen die Hälfte.

Löbejün. Lebensmittel. Es kommt Kunsthonig auf Nr. 114 der Lebensmittelscheine zum Verkauf bei Müller und Fuchs. Ferner kommt Grieß in sämtlichen Verkaufsstellen auf Nr. 115 der Lebensmittelscheine zum Verkauf. Auf den Kopf entfallen von Kunsthonig ¼ Pfund, von Grieß 100 Gramm. Die Schwerstarbeiter erhalten von Kunsthonig und Grieß ¼ Pfund als besondere Zulage.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219181025-19/fragment/page=0006